

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 2,50 RM. monatlich 1,10 RM.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
je nach dem Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

NOSW Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonnabend, den 10. April 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Erfolglose französische Angriffe im Zentrum der Westfront.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
9. April 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Aus dem völlig zusammengeschossenen
Orte Drie-Grachten an der Yser wurden die
Belgier wieder vertrieben, zwei belgische Offi-

Als Erwiderung auf die Beschließung der
hinter unserer Stellung gelegenen Ortschaften
wurde Reims, in dem große Ansammlungen
von Truppen und Batterien erkannt wurden,

Nördlich vom Gehöft Beaufejour nord-
östlich von Le Mesnil entrissen wir gestern
abend den Franzosen mehrere Graben, zwei
Maschinengewehre wurden erbeutet.

In den Argonnen mißglückte ein franzö-
sischer Infanterieangriff, bei dem die Franzosen
erneut Bomben mit einer betäubenden Gas-

Die Kämpfe zwischen Maas und Mosel
dauerten mit gesteigerter Heftigkeit an. Die
Franzosen hatten bei den wieder gänzlich er-

Aprémont mißglückte ein französischer Vorstoß.
Französische Angriffe erstarben westlich Flirey
in unserer Artilleriefeuer, führten aber nörd-

Ein feindlicher Versuch, das von uns be-
setzte Dorf Bezange la Grande südwestlich von
Chateau Salins zu nehmen, scheiterte.

Am Südelkopf wurde ein Mann des fran-
zösischen 334. Regiments gefangen genommen,
der Dum-Dum-Geschosse bei sich hatte. — Am
Hartmannsweilerkopf fand nur Artilleriekampf

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ostlich von Kalwarja haben sich Gefechte
entwickelt, die noch nicht abgeschlossen sind.
Sonst hat sich auf der Ostfront nichts ereignet.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. April. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 9. April 1915, mittags:

An der Front in den Ostbesiden herrscht im
allgemeinen Ruhe.

Im Waldgebirge setzt der Gegner seine frontalen
Vorstöße unter schonungsloser Ausnutzung seines
Menschenmaterials in andauernden Sturmangriffen fort.

An allen übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Kriegsanleihe und Volks-
wirtschaft.

Uns wird geschrieben:
Die mit dem Ausbruch des Krieges eingetretene Geld-

Die mit dem Ausbruch des Krieges eingetretene Geld-
krise kann nunmehr als überwunden betrachtet werden; auf
die starke Anspannung auf den Geldmärkten zu Beginn des

Auf jede große Anspannung auf dem Geldmarkt folgt
gewöhnlich eine Entspannung, auf eine Geldkrise eine Geld-
flüssigkeit. In Zeiten der Konjunkturstörung fließt viel frei

Die Gesamtmissionen beliefen sich in England im ver-
flossenen Jahre auf 512,5 Millionen Pfund, während in den
Jahren 1912 und 1913 zusammen bloß für 407,4 Millionen

Die „Frankfurter Zeitung“ hat einmal diese Geldflüssig-
keit „künstlich“ genannt, weil sie aus Mangel an Nachfrage
entstanden ist, als ob nicht jede andere Geldflüssigkeit in der

Dafür liefert insbesondere Frankreich ein beachtens-
wertes Beispiel. Nach der Erklärung Ribots in der französi-
schen Kammer am 18. März betragen die französischen Kriegs-

Westlicher Kriegsschauplatz.

812 803 Kriegsgefangene in Deutschland.

Amtlich Berlin, 9. April. (W. L. B.) Am
1. April 1915 befanden sich in deutscher Gefangen-
schaft: Franzosen: Offiziere und sonstige im Offiziers-

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. April 1915. (W. L. B.) Amtlicher Bericht
von Donnerstagmorgen. In Belgien, im Wisnetal
und östlich von Reims Artilleriekämpfe. Die gestern abend

nur 10 Mann am Leben blieben, die wir gefangen nahmen. Im
Wald von Ailly eroberten wir neue Schützengräben und war-
fen zwei Gegenangriffe zurück. Im Walde Mortmare (nörd-

1. Auf den Fronten im Nordosten von Verdun gewannen wir
auf einer Front von 20 Kilometer Länge einen bis 3 Kilometer in
der Tiefe. Wir besetzten die Höhen, die den Lauf des Erneflusses

2. Auf den Maas Höhen in Evargès eroberten wir nahezu die
Gesamtheit der vom Feinde auf dem Plateau besetzten Stellungen,
das Combres beherrschte, und behaupteten das gewonnene Gelände

3. Weiter südlich nahe St. Mihiel bemächtigten wir uns des
ganzen Südwestteiles des Waldes von Ailly, wo die Deutschen stark
verschanzt waren; der Feind konnte den Wald trotz wiederholter

4. Im Südwesten zwischen dem Walde Mortmare und dem
Priesterwalde eroberten wir auf einer 7 bis 8 Kilometer langen
Front 3 Kilometer in der Tiefe. Wir entrissen dem Feinde die

Die langfristigen Nationalverteidigungswechsel
(Bons de la défense nationale) brachten bis Mitte Dezember
bloß eine Milliarde, in den folgenden drei Monaten hingegen

2.7 Milliarden ein. Außerdem konnten die neuen „Vertei-
digungsoptionen“ für 253 Millionen abgesetzt werden, so daß
der französische Staat in den Monaten von Mitte Dezember

3. In Deutschland erreichen die Zeichnungen der
zweiten Anleihe den doppelten Betrag der ersten Anleihe. In
einem Jahre wird also das Reich allein dem Markte etwa

Man muß aber folgendes beachten: Der Staat braucht
nicht Kapital, sondern bloß Zahlungsmittel. Der Staat baut keine Eisenbahnen, sondern kauft Waren, die
rasch verbrannt werden. Der Zirkulationsprozeß entwickelt

Man muß aber folgendes beachten: Der Staat braucht
nicht Kapital, sondern bloß Zahlungsmittel. Der Staat baut keine Eisenbahnen, sondern kauft Waren, die
rasch verbrannt werden. Der Zirkulationsprozeß entwickelt

Paris, 9. April 1915. (W. L. B.) Amtlicher Bericht
von Donnerstagabend. Trotz schlechten Wetters neue Er-
folge zwischen Maas und Mosel während der Nacht vom 7. zum

Englische Verluste.

Rotterdam, 9. April. (L. U.) Nach den englischen Ver-
lustlisten vom 1. April ist ein Offizier gefallen und vier sind
verwundet. Außerdem werden noch vom 20. März 621 Mann

Menge von Zahlungsmitteln, die im Grunde kein Kapital darstellen, sondern gegen die vorhandenen Waren ausgetauscht werden. Die Läger werden somit geräumt; die Kriegslieferanten machen gute, ja glänzende Geschäfte, sie borgen aber ihre Waren an den Staat (gegen Papiergeld). Wenn der Staat dann mit einer Anleihe auftritt, bedeutet dies nur, daß der Staat an Stelle einer unverzinslichen eine hochverzinsliche Anleihe fest. Für die Gesamtheit ist dies insofern von Bedeutung, als dadurch die Menge des umlaufenden Papiergeldes vermindert und ihr Druck auf den Notenkurs gehindert wird. Der Staat erhält dadurch die Noten zurück, die er früher ausgegeben hat, um weitere Käufe machen zu können. Da die Produktion stark eingeschränkt ist und in der Hauptsache nur für einen Stunden, der noch dazu bar zahlt, arbeitet, so hat sich auch der Zirkulationsprozeß stark verengt, während die Menge der Umlaufsmittel bedeutend angestiegen ist. Daher die „Geldflut“. Man kann im gewissen Sinne sagen, der Staat schafft selber die „Kapitalquelle“, aus der er schöpft. Natürlich nur auf dem Geldmarkte. Die wirklichen Kapitalien oder richtiger Güter, die der Staat verbraucht, werden in der Industrie und Produktion geschaffen. Werden aber diese Güter im eigenen Lande erzeugt und genießt der Staat das Vertrauen des Kapitalistenpublikums, so muß die Unterbringung von neuen Kriegsanleihen um so leichter werden, je länger der Krieg dauert. Denn um so mehr Güter hat der Staat verbraucht, deren frühere Besitzer mit dem erhaltenen Gelde nichts anders anzufangen wissen, als Kriegsanleihen zu kaufen. Die Geldflüssigkeit braucht kein Zeichen der Stärke zu sein, kann vielmehr auch ein Zeichen der weitgehenden Erschöpfung der Volkswirtschaft sein. Da nun der Krieg von dem früher angeammelten Kapital zehrt, so wird daraus klar, daß kein moderner Großstaat aus Mangel an Kapital den Krieg beenden werde, es sei denn natürlich, daß er das verbrauchte und unentbehrliche Kriegsmaterial nicht ersetzen kann. In anderem Falle wird er sich die Mittel verschaffen können, die ihm zum Ankauf dieser Materialien notwendig sind. So ist das Problem der finanziellen Kriegsrüstung scheinbar leicht gelöst; die volkswirtschaftlichen Folgen des Krieges müssen aber um so schlimmer sein, je weniger es gelingt, dauernde festverzinsliche Anleihen an Stelle des Papiergeldes zu setzen, d. h. je mehr man die Notendrucke zur Hilfe anruft. . . .

Aus der Schlacht in der Champagne.

Nachstehende padende Schilderung aus den Kämpfen um Höhe 196 nordöstlich Le Mesnil am 18. März ist dem Brief eines Artillerie-Offiziers entnommen.

Am Nachmittag steigerte sich das Artilleriefeuer des Gegners zu einem rasenden Schnellfeuer, das sich vor unserem Abschnitt auf einen Raum von einigen Hundert Metern des Schützengrabens verengte.

Ununterbrochen dröhnen die Detonationen, wie ein ungeheurer Felsenwägel, der auf unseren Linien trommelt. Man glaubt den Berg unter sich beben zu fühlen. Die Luft zittert in unruhigen Wellen, die die Nerven in einen aufregenden Zustand höchster Anspannung versetzen. Über dem Schützengraben steigt eine hohe Wand empor von hochgeschleuderten Staubwolken und schwarzem Rauch, wie ein wallender Vorhang, aus dem grelle Flammen zucken.

Alle Batterien, die wir auf dem Abschnitt vereinigen können, legen mit ihrem Schnellfeuer einen Feuerriegel vor unsere Gräben.

Ich suche mit dem Scharfenrohr das Gelände ab, um vielleicht aus irgend einem Anzeichen in den benachbarten Abschnitten einen Schluß auf den Verlauf des unsichtbaren Kampfes ziehen zu können.

Auf einmal sehe ich durch das Glas Kolonnen in einer breiten Front, Schulter an Schulter gedrängt und mehrere Glieder tief. Deutlich erkenne ich die Kämpis — hier springt über den Linien ein Schein auf von dem Stahl der Bajonette. Hinter der langen geschwungenen Linie der lahnen Hochfläche sehen sie wie eine dunkle Mauer gegen den hellen Himmel. Durch das Teleskop geht der Befehl: Alle verfügbaren Geschütze gegen Höhe 196!

Die schwarze Masse war jetzt auf der Höhe und schwanke wie eine gewaltige Woge vorwärts in einem schweren, wuchtigen Abwärts.

Es war ein glühendes Feuer von Wut: Wann kommt der erste Schuß! Auch die Batterieführer, die mit angelegten Händen, erzählen, wie sie mit geballten Fäusten in ihren Beobachtungsstellen standen.

Aus der Mitte löst sich eine Kompanie und stürzt mit glänzendem Scheit. Weit vor allem ein Offizier mit einer hintergehenden begeisterten Bewegung. Aus der zögernden Menge schließen sich einzelne beherzte Leute und kleinere Gruppen an. In unserem Schützengraben ein wilder Nahkampf. Über dem rechten Ende der französischen Linie blüht es zweimal kurz hintereinander auf. Klar und scharf sehe ich die runde gelbe Rauchwolke, aus der ein Sprengkegel von Eisenstücken in die dicke Linie herunterschlägt. Dann tanzen auch weiße Schrapnellwolken immer schneller. Blutig und elend bricht die stolze Front zu Boden. Auf den Hängen liegen sie zu Hund-

erten in dunklen unförmigen Flecken. Trümmer fluten zurück von Entsetzen und Grauen gejagt. Zerprengt stehen sie über die Hochfläche oder laufen bestimmungslos hin und her in ihren phantastisch flatternden langen Mänteln. Das Feuer legt noch über die Höhe. Einzelne bleiben plötzlich stehen in einer gekrümmten, aufwärts gebogenen Haltung — man glaubt zu sehen, wie ihre Hände frampfhaft die Leere zu fassen suchen — und fallen.

In dem französischen Bericht war zu lesen von merkwürdigen Gewinnen westlich und östlich der Höhe 196 nordöstlich von Le Mesnil.

Wir kennen die Höhe ebenso wie von dem letzten Vorrücken in der Gegend von A. So nennen sie ihre Sturmangriffe, die vor unseren Stellungen zusammenbrechen. Sie vergessen zu sagen, daß sie, nachdem sie 50 Meter vorkürten, wieder zurückzogen. Auch bei dem großen Angriff vom 18. März, von dem sie eine Entscheidung erhofften, hätten es ihnen nicht erwähnenswert zu sein, daß nur ihre Toten an den Stellen lagen, die sie gewonnen hatten. (B. Z. B.)

Eine Zeitung für das okkupierte Gebiet Frankreichs.

In Charleville erscheint wöchentlich einmal die „Gazette des Ardennes“, die den Bewohnern des okkupierten Gebietes die wichtigsten Nachrichten übermitteln. Das Blatt veröffentlicht neben einander die deutschen wie die französischen Tagesberichte. Dieses Blatt beginnt die Namen der in Deutschland befindlichen 25000 französischen Kriegsgefangenen zu veröffentlichen. Dabei werden die Namen der Gefangenen aus den okkupierten Gebieten mit einem Sternchen versehen. Außerdem wird das Lager angegeben, in dem der Gefangene sich befindet.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Die Karpathenkämpfe.

Petersburg, 9. April. (B. Z. B.) Der Generalstab des Generalstabs teilt mit: In den Karpathen haben unsere Truppen in dem Vorrücken im Tale der Ondava am 6. April die Oesterreicher aus dem Abschnitt von Stroplo und Buczacz getrieben. In der Gegend von Mezlaborec versuchten die Oesterreicher und Deutschen, nachdem sie beträchtliche Verstärkungen erhalten hatten, im Angriff vorzugehen. Dennoch wiesen unsere Truppen, nachdem sie die Front Szabalocz—Szulo eingenommen hatten, alle Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind zurück. In der Gegend nördlich der Eisenbahn Hof—Berzina bewerkstelligten unsere Truppen mit Erfolg den Uebergang über die Hauptkette der Karpathen und haben einen taktisch wesentlichen Erfolg auf den Höhen südlich und nördlich von Bolosate erzielt. Auf den übrigen Stellen der ganzen Front keine wesentliche Veränderung.

Der Seekrieg. Der U-Bootskrieg.

London, 9. April. (B. Z. B.) Eine Mitteilung der Admiralität besagt, daß in der am 7. April zu Ende gegangenen Woche fünf englische Handelsschiffe von insgesamt 7904 Tonnen durch deutsche Unterseeboote in Grund gebohrt worden sind. Nicht eingerechnet sind fünf kleine Schiffe von insgesamt 911 Tonnen. In derselben Woche sind in den Häfen Großbritanniens, obwohl Oskern war, 1234 Dampfer ein- und ausgelaufen.

London, 9. April. (B. Z. B.) Der Dampfer „Dusel“, 1284 Tonnen, von Rotterdam nach Manchester unterwegs, wurde am 27. März bei dem Galloper Leuchtturm gegenüber der Themsemündung von zwei deutschen Flugzeugen angegriffen, die aus einer Höhe von 500 Fuß elf Bomben abwarfen. Die Bomben versetzten das Schiff, das Bizakurs feuerte.

London, 9. April. (B. Z. B.) Das Neutersche Bureau meldet aus Grimshby: Der Fischdampfer „Jarina“ ist in der Nordsee in die Luft geflogen. Von der Besatzung werden neun Mann vermißt. Es ist unbekannt, ob das Schiff auf eine Mine gelaufen oder von einem Torpedo getroffen worden ist.

Die englische Regierung über die Versenkung der „Galaba“.

London, 9. April. (B. Z. B.) Das Neutersche Bureau teilt mit: Die englische Regierung hat auf die Note der deutschen Botschaft in Washington über den versenkten Dampfer „Galaba“ geantwortet. Sie sagt, die „Galaba“ sei nicht bewaffnet gewesen, den Passagieren sei nicht Zeit zum Ausboaten gegeben worden. Der Torpedo sei abgeschossen worden, als die Boote noch nicht vom Schiff los waren, ein großer Verlust an Menschenleben sei daher unvermeidlich gewesen, es sei beispiellos, der Mannschaft der „Galaba“ Nachlässigkeit vorzuwerfen.

Völkerrechtswidrige Behandlung Kriegsgefangener.

Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes hat sich die amerikanische Botschaft in London bei der englischen Regierung erkundigt, ob die Zeitungsberichte über die Absicht der britischen Admiralität auf Wahrheit beruhen, die gefangenen Offiziere und Mannschaften deutscher Unterseeboote nicht als Kriegsgefangene zu behandeln; insbesondere den Offizieren nicht die Vorteile ihres Ranges zuzubilligen. Sollte dies der Fall sein, so legte die deutsche Regierung den schärfsten Protest gegen diese Handlungsweise ein, und es sollte kein Zweifel bleiben, daß für jedes Mitglied der Besatzung von Unterseebooten, der zum Gefangenen gemacht wird, ein Offizier der britischen Armee, der als Kriegsgefangener in Deutschland gehalten wird, eine entsprechend härtere Behandlung erfahren werde.

Am 1. April hat das Londoner Auswärtige Amt geantwortet, daß die Offiziere und Mannschaften, die von den deutschen Unterseebooten „U 8“ und „U 12“ gerettet wurden, in die Marinegefängnisse (Naval Detention Barracks) verbracht worden sind angesichts der Notwendigkeit, sie von anderen Kriegsgefangenen zu trennen. Diese Maßnahme wurde wie folgt begründet:

„Da die Besatzungen der beiden fraglichen deutschen Unterseeboote, bevor sie aus dem Wasser geholt wurden, damit beschäftigt waren, unschuldige britische und neutrale Handelsschiffe zu versenken, und mit fälschlicher Ueberlegung Nichtkombattanten zu töten, so können sie nicht als ehrenhafte Gegner angesehen werden, sondern eher als Leute, die auf Befehl ihrer Regierung Taten begangen haben, die Verbrechen gegen das Völkerrecht sind und im Widerspruch mit der allgemeinen Menschlichkeit stehen.“

Neutrale Schiffe von Frankreich angehalten!

Besel, 9. April. (B. Z. B.) Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten“ aus Mailand wurde der italienische Dampfer „Aurora“ von französischen Schiffen angehalten und nach Nizza gebracht. Maschinen, Stoffe und Kleider aus Genua, die für deutsche Kaufleute in Montevideo bestimmt waren, wurden beschlagnahmt. Ferner wurden an Bord eines spanischen Dampfers von einem französischen Hilfskreuzer 350 Tonnen Dörrerbsen, die als Transigent nach der Schweiz bestimmt waren, beschlagnahmt, anscheinend weil auf den Kassezetteln der Empfänger nicht genannt ist.

Wiederaufnahme des Trajektverkehrs Trelleborg—Safnik.

Stockholm, 9. April. (B. Z. B.) Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß die schwedischen Fährten den Dienst auf der Linie Trelleborg—Safnik nun wieder aufnehmen.

Der türkische Krieg.

Rußlands Sehnsucht nach Konstantinopel.

Zürich, 8. April. (A. U.) Der Petersburger Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ stellt in einem „Russland und Konstantinopel“ überschriebenen Artikel fest, daß der russische Standpunkt entschieden den Besitz von Konstantinopel und der Dardanellen verlange, strebe doch Rußlands äußere Politik seit drei Jahrhunderten diesem Ziele zu. Die Verbündeten scheinen, man möchte fast sagen merkwürdigerweise, sagt der Korrespondent, den russischen Standpunkt zu achten. Immerhin fehle es in Rußland nicht an Skeptikern, wie überhaupt von manchen Kreisen Rußlands England kein besonderes Vertrauen geschenkt werde. Der englische Botschafter in Petersburg habe dies vor einigen Monaten auch bei einem in der Botschaft gegebenen Festmahl in erbitterten Worten festgestellt. Dem strategischen Standpunkt aus sei man keineswegs so verblindet, um nicht mit einem möglichen Mißerfolg vor den Dardanellen zu rechnen.

Das französische Orient-Expeditionskorps in Aegypten.

Paris, 9. April. (B. Z. B.) Amtliche Meldung der Agence Havas: Das Expeditionskorps für den Orient, das unter dem Befehl des Generals d'Amade in Sifertia konzentriert war, um dort seine Organisation zu vervollständigen, führte die Reise nach der Levante unter den günstigsten Umständen aus und war vom 15. März an in Bereitschaft, um die Flotte der Alliierten und das englische Expeditionskorps zu unterstützen. Inzwischen war es notwendig geworden, den Aufenthalt der Truppen an Bord der Transportschiffe nicht zu verlängern. Zu diesem Zweck wurde die Gastfreundschaft angenommen, die ihnen in Aegypten geboten wurde. Die französischen Streitkräfte wurden

Wirtschaftsleben im Kriege.

In Nordpolen, März 1905.

Der Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens in solchen Gebieten, die vom Kriegsgewinn befreit sind, gerät naturgemäß ins Stocken, wird dünner und trüger. Das Geschäftsleben gleicht einem Strom, der aus zahlreichen Bächen und Flüssen gespeist wurde, aber bei anhaltender Dürre nur aus kümmerlich fließenden Rinne Wasser saugen kann. Manche Quellen versiegen vollständig. Die Produktion stockt, in den industriellen Zweigen ist sie so gut wie abgestorben. Hat Nordpolen auch keine moderne Großindustrie, so doch ein ziemlich lebhaftes gewerbliches Leben, vor allem in der landwirtschaftlichen Erzeugung und im Handwerk. Nun sind fast alle Werkstätten und Betriebe öde und verlassen. Die Hervorbringung landwirtschaftlicher Produkte beschränkt sich, wenn sie überhaupt noch möglich ist, auf den eigenen Bedarf; nur in einigen Orten kommt noch etwas Milch, Butter und Käse sowie eine kleine Menge von Eier und Fischen auf den Markt. Für die Handwerker: Schuhmacher, Schneider, Schmiede, Schreiner, Sattler gibt es einige Reparaturarbeiten. Das ist im allgemeinen alles. Der Warenverkehr hat demnach beinahe vollständig aufgehört. Dagegen haben die Hersteller gebrauchsfähiger Lebensmittel, die Väder und Fleischer, alle Hände voll zu tun. Sobald sich den Soldaten Gelegenheit bietet, wollen sie auch mal etwas anderes genießen als das, was die militärische Küche liefert. Kein Wunder daher, daß in Augustowo, Grajewo, Suwalki die Verkaufsläden geradezu gestürmt werden; es geht dort den ganzen Tag von Käusern ein und aus. Außer in den genannten Orten bekommt man in einigen anderen wohl Tee und Zigaretten, sonst aber kaum etwas an Nahrungsgüter oder Genussmitteln. Am regsten ist das Geschäftsleben in Suwalki. Kleine Mädchen verkaufen sogar auf der Straße Zigaretten. Einige Damen führen in ihren Kuffen ein Lager von Zappuffen präpariert: nicht um sie warm zu halten, sondern um Schneider für sie zu finden, die 3 Pf. für das Stück bezahlen. Er-

stauslich ist, daß die Warenbesitzer ihre Vorräte nicht schon längst ausverkauft haben. Wohl sind einige Geschäfte geschlossen, weil der vorhandene Vorrat geräumt worden ist, dafür kann man andererseits in vielen Läden, die sonst nur Haushaltsgegenstände, wie Möbel, Eisenwaren oder Kleider, bergen, jetzt allerhand Lebensmittel ersehen. Da bisher jede Zufuhr von Waren unterbunden war, müssen in Suwalki oder Umgegend reichlich große Läger vorhanden gewesen sein. Umfangreiche Vorräte von Getreide, Futtermitteln, Petroleum, die sich für militärische Zwecke eignen, sind von den Militärbehörden beschlagnahmt worden. Trotzdem kann man noch jeden Tag frisches Weißbrot, Kuchen, Fleisch, Speck oder Wurst kaufen. Allerdings hört der Käufer immer wieder, nun sei das Mehl bald verbraucht — und die Preise steigen! Ein kleines Weißbrot, das vor 14 Tagen noch für 40 Pf. zu haben war, kostet heute schon das Doppelte und mehr. Verhältnismäßig billig sind noch Kartoffeln: für ein Liter werden 10 Pf. verlangt, aber es kommen nur geringe Mengen auf den Markt. Fischkonserven, Bonbons, Konfitüren, Gemüse und Kompotte in Dosen und vor allem Zigaretten sind in Duhenden von Läden zu haben. Aber nur zu sehr hohen Preisen. Für eine kleine Dose Sardinen muß der Käufer 1,40 M. auf den Zentisch legen, für eine Pfunddose Kompott 1,20 bis 1,50 M., für bessere Ware 3 bis 5 M. Ein kleines Glaschen, das kaum ein Viertelpfund eingemachtes Meerrettich enthält, kostet 1 M. Wenn auch die Preise für Bonbons ordentlich hinaufgeschraubt worden sind, so kann man ganz gute Ware doch noch für 2 M. das Pfund erhalten. Dagegen ist Zucker, der vor zwei Wochen noch für 80 Pf. das Pfund verkauft wurde, jetzt außer zum Kaffee oder Tee überhaupt nicht mehr zu haben. Im Ladenverkauf kostet ein Aedel Pfund Tee 1 M., ein halbes Pfund gemahlene Kaffee in Dosen 2 M. Der Kriegsausschlag, den Zigarettenraucher bezahlen müssen, beträgt über 50 Proz. der früheren Preise. Für eine Schachtel mit 10 Stück Inhalt und dem Aufdruck „6 Kopeken“ werden 20 Pf. verlangt — die Militärverwaltung hat den Kurs des Rubels auf 2 M. festgesetzt —, bei teureren Zigaretten ist der Ausschlag noch höher. Für unsere Begriffe sind frische Fleischwaren immer noch billig; gewöhnliche Fleischwurst wird zu 1,20 M. das Pfund angeboten, frischer Speck zu 1 M. und 1,10 M. Butter, die aber auch nur in bescheidenen Mengen auf den Markt

kommt, kostet das Pfund 2 M.; der liter magerer Milch wird für 30 Pf. abgegeben.

Wie schon bemerkt, drängen sich den ganzen Tag unzählige Käufer in die Läden hinein, bevölkern die Terrassen, verzehren dort zu dem russischen Nationalgetränk Weißbrot und Kuchen. Meistenteils sieht man in den Verkaufsräumen nur kleine Vorratmengen. In wenigen Stunden, sicher am nächsten Tage, müßte der Laden geschlossen werden, wenn wirklich das ganze Lager zu sehen wäre. Aber das ist nicht der Fall; das Aussehen der Läden verändert sich kaum, immer wieder von neuem sieht man auf den Regalen, Tischen und Kästen kleine Posten der verschiedensten Waren. Ganz unzweifelhaft wird dauernd im Verhältnis zu der verkauften Menge neue Ware nachgeschoben. Und so bieten die Verkaufsräume Tag für Tag das gleiche Bild. Sie erwecken den Anschein, als ob sich jeder mit dem Einkauf deuten müßte, wenn er überhaupt von dem kleinen Vorrat noch etwas erobern wolle. Ob das der Zweck der Werbung ist, ob man damit die hohen oder gestiegenen Preise zu rechtfertigen gedenkt oder ob die Warenbesitzer vielleicht befürchten, das Bekanntwerden von größeren Vorräten könnte zu Requisitionen von Seiten der Militärverwaltung anregen, darüber konnte ich keine Gewißheit erlangen. Der eine Verkäufer will zufällig noch etwas Ware aufgetrieben haben, der andere hatte noch eine kleine Menge davon im Keller usw. Aber jedesmal wird verächtlich: Nun ist der Vorrat erschöpft!

Trotzdem stehen am anderen Tage wieder Äpfel, Orangen, geräucherter Fische, frische Badewasser neben Konfitüren und sonstigen Dauerwaren in den Schaufenstern und auf den Zentischen. Gestern gab es plötzlich auch gebörte Pflanzen. Der Verkäufer hatte sie vorher etwas anquellen lassen, das erhöhte ihr Gewicht; aber er gab sie, wie er sagte, sehr billig ab, das Pfund mit 60 Pf. Zweifellos hat der Krieg auch hier die Profitgier gesteigert. Es ist zu befürchten, daß diese Folgeerscheinung des Krieges noch lange ungebrochen nachwirken wird, zum Schaden der Konsumenten. Am schwersten leidet naturgemäß unter der Teuerung die auf den Erwerb ihrer Hände angewiesene arme Bevölkerung, die nun nur sehr geringen oder gar keinen Verdienst findet.

in Alexandria aus Land geflohen und in der Nähe dieses Hafens, in Kamie, dem meist besuchten Kurorte des Nildeltas, untergebracht. Sie vervollkommen dort ihre Organisation und sind jedwergelt in der Lage, sich unverzüglich nach dem Punkte einzuschiffen, an dem ihr Eingreifen notwendig werden sollte. Eine Parade, die General d'Amade abnahm, hinterließ bei allen, die ihr beiwohnten, den besten Eindruck.

Patrouillengefecht am Suezkanal.

London, 9. April. (W. T. B.) „Central News“ melden: Das Pressebureau berichtet aus Kairo: Ein kleines türkisches Korps Kavallerie wurde Mittwochnachmittag von englischen Patrouillen einige Meilen nördlich von Kantara bemerkt. Einige Schiffe wurden gemenschelt, worauf die Türken zurückgingen. Auf keiner von beiden Seiten sind Verluste festzustellen.

Attentatsversuch gegen den ägyptischen Sultan.

Kairo, 9. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Gestern nachmittag um 3 Uhr ist auf den Sultan, als er den Abdennpalast verließ, um einige Würdenträger zu besuchen, ein Anschlag verübt worden. Ein Eingeborener gab einen Schuß auf ihn ab, der indessen fehlging. Der Täter wurde sofort verhaftet.

Rom, 9. April. (W. T. B.) Wie die Agenzia Stefani aus Kairo meldet, ist der Mann, der gestern nachmittag den Anschlag auf den neuen Sultan verübte, ein junger mohammedanischer Ägypter namens Mohammed Gabel aus Mansura. Der Sultan blieb unverletzt, weil ein Italiener namens Gianotti den Revolver beiseite schlug.

Neue türkische Offensive im Kaukasus.

London, 8. April. (L. U.) Der Petersburger Sonderkorrespondent des „Standard“ drahtet seinem Blatte: Nach Meldungen aus dem Kaukasus hat die türkische Armee von neuem eine ziemlich heftige Offensive ergriffen. Der Angriff erfolgte gegen den russischen rechten Flügel in der Nähe des kleinen Hafens Ahopa. Die Kämpfe dauern noch an.

Ueber den bisherigen Verlauf der Kämpfe auf diesem Kriegsschauplatz erhält die „Daily Mail“ folgendes Telegramm aus Petersburg: Die Ereignisse im Kaukasus während der letzten 6 Wochen können allen denjenigen zur Warnung dienen, die glauben, daß der Widerstand der Türken am Bosphorus und den Dardanellen leicht gebrochen werden könne. Nach dem ersten Vordringen der Russen hörte man vielfach die Ansicht, daß an dem Stege unserer Verbündeten nicht mehr zu zweifeln sei. Man sprach sogar von einem unaufhaltbaren sofortigen Vormarsch auf Erzerum. Diese Hoffnungen sind schnell verfliegen, denn die Türken haben die kriegerischen Operationen mit großem Nachdruck bald wieder begonnen, zum Teil unter Führung deutscher Offiziere. Am bemerkbarsten machte sich ihre Tätigkeit am Schwarzen Meere. Sie bedrohten den hier stehenden russischen Flügel, so daß ein weiteres Vorrücken der Russen auf irgendeinem Punkte der Front unmöglich wurde. Es erfolgten dann die langandauernden erbitterten Kämpfe um die türkische Festung Artvin, die eine Ausfallspforte nach Rußland bildet. Eine weitere Offensivbewegung der Türken machte sich in der Nähe von Sardafisch bemerkbar, fast an derselben Stelle, wo die ersten schweren Kämpfe im Dezember stattgefunden haben. Dem Vordringen der Russen setzten sich also große Schwierigkeiten entgegen, doch haben die Gefechte hier jedenfalls wenigstens den Erfolg, daß die türkischen Streitkräfte im Kaukasus festgehalten werden und nicht an den Kämpfen um Konstantinopel teilnehmen können.

Der Krieg und die Kolonien. Englische Schwierigkeiten in Südwestsafrika.

London, 9. April. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Deutsch-Südwestsafrika: Die Truppen der Union haben große Schwierigkeiten, da die Brunnen vergiftet sind. (?) Die Pumpstation Kubub ist zerstört, eine Anzahl Landminen wurden zur Explosion gebracht, ohne indessen Schaden anzurichten.

Ein neues österreichisches Rotbuch.

Wien, 9. April. (W. T. B.) Ein heute veröffentlichtes Rotbuch enthält eine Sammlung von Nachrichten für die Verletzungen des Völkerrechtes durch die mit Oesterreich-Ungarn Krieg führenden Staaten.

In den einleitenden Bemerkungen heißt es: Die für die Verletzungen des Kriegsrechts angeführten Belege, welche allerdings nur eine geradezu verschwindende Zahl im Verhältnis zu denjenigen, die sich tatsächlich ereignet haben, umfassen, lassen erkennen, daß es kaum eine kriegerische Form gibt, welcher die feindlichen Truppen nicht wiederholt zuwidergehandelt hätten. In die zahlreichen Fälle der Verwundung verbotswidriger Gefangene, der Mißachtung des Haager Reglements über die Geiseln und Gebürche des Landkrieges und der Genfer Konvention reißen sich die furchtbaren Greuelthaten an, deren sich die Truppen und die Bevölkerung Serbiens und Montenegro's schuldig gemacht haben.

Es ist gewiß unvermeidlich, daß sich im Gefolge so gewaltiger Heeresmassen mancherlei Verfehlungen gegen das Völkerrecht ereignen. Gleichwohl muß es eine schwere Enttäuschung bereiten, daß gerade die Truppen und Behörden jenes Staates, unter dessen Fahne die Haager Konferenzen das Kriegsgesetz reformiert und ausgebaut haben, sich über die Verträge hinwegsetzen und nicht einmal die Bestimmungen achten, welche zum Schutze des Lebens, der Ehre, der Freiheit und der religiösen Ueberzeugungen der friedlichen Bürger sowie im Interesse der Kunst und der Wissenschaft vereinbart worden sind. Nicht zum geringsten mag die Ursache hierfür in der Verwendung von Truppen zu suchen sein, welchen das Verständnis für die Schranken der Kriegführung schlechterdings abgeht. Frankreich, Großbritannien und Rußland konnten nämlich selbst nicht annehmen, daß ihre afrikanischen und asiatischen Untertanen die Bestimmungen des internationalen Rechts einhalten werden und sie handeln daher fraglos wider besseres Wissen gegen das europäische Völkerrecht, wenn sie Wilde und Halb Wilde gegen die Truppen europäischer Mächte zu Felde führen.

Der erste Teil der insgesamt 145 Dokumente nebst Beilagen enthaltenden Sammlung bezieht sich auf die Behandlung der österreichisch-ungarischen diplomatischen Funktionäre durch Behörden feindlicher Staaten. Daraus ist ein Bericht des diplomatischen Agenten und Generalkonsuls in Tanger hervorgehoben, aus welchem hervorgeht, daß derselbe mit den anderen Mitgliedern der Agentur unter Bedeckung marokkanischer Soldaten, ohne daß ihm Zeit gegeben worden wäre, sich Geld zu verschaffen oder sonst notwendige Dispositionen zu treffen, am Bord des „Cassard“ gebracht wurde, woselbst er bereits den deutschen Geschäftsträger und den deutschen Dragoman antroz, die ebenso behandelt worden waren. Eine vielhundertköpfige Menge Eingeborener konnte auf dem großen

Platz vor der Gesandtschaft das Schauspiel mit ansehen, wie der kaiserlich deutsche Vertreter in aller Form verhaftet und auf ein Kriegsschiff gebracht wurde.

Aus einem Bericht über die Ausweisung des österreichisch-ungarischen Vertretungsbehörden aus Ägypten geht hervor, daß der ägyptische Minister des Äußeren, bei dem der österreichisch-ungarische Vertreter gegen die ihm vom Kommandanten der englischen Okkupationstruppen unter Androhung von Bruchialgewalt mitgeteilte Ausweisung protestierte, erklärte, daß es sich nicht um eine diplomatische Handlung der ägyptischen Regierung, sondern um einen Beschluß der englischen Militärbehörden handle, deren Durchführung die ägyptische Regierung nicht zu verhindern imstande sei.

Der zweite Teil der Sammlung bilden die Stücke 8 bis 37, welche die Behandlung der österreichisch-ungarischen konsularischen Funktionäre betreffen. Nr. 29 behandelt die bereits aus der Tagespresse bekannte Leidensgeschichte des Bischofs von Hoffinger in St. Petersburg, der bekanntlich verhaftet, in das Gouvernement Wologda verschickt und in der unwürdigsten Weise behandelt wurde. Der österreichisch-ungarische Konsul in Niets, Baron Hein, welcher mit dem Kanalepersonal verhaftet und in Gesellschaft der schwersten Verbrecher nach Rußland verschickt wurde, wurde auch späterhin in brutalster Weise behandelt.

Der dritte Teil der Sammlung ist der Behandlung der österreichischen und der ungarischen Staatsangehörigen in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Rußland und Serbien gewidmet. Der vierte Teil der Sammlung enthält insgesamt 71 Stücke, unter denen sich amtliche Meldungen und Protokolle befinden über grausenhafte Mißhandlungen, Verwundungen, über menschenunwürdige Behandlung in Spitälern ungerückter Kranter und grausenhafte Verwundungen gefallener Soldaten. Das Stück 128 berichtet über empörende Martern an einem Husarenunteroffizier, dem von Serben die Unterarme abgehakt und die Oberarme gebunden wurden, worauf er in diesem Zustande auf ein Pferd gesetzt und das Pferd im Galopp davongetrieben wurde. Einem anderen Mann wurden Einschnitte in das beiderseitige Rippenfell gemacht, ein Strich durch die Brust gezogen, worauf er an demselben aufgehängt, und unter ihm ein Feuer angezündet wurde. Andere Leute wurden auf Bajonette gespießt und so umhergetragen. Heimtückische Ueberfälle werden von serbischen Komitaischis, Weibern und Kindern berichtet. Von Montenegro'sern wird neben der Beschichtung von Sanitätsstationen eine große Anzahl grausenhafte Verwundungen, die an Verwundeten und Toten verübt wurden, gemeldet.

Die in der Sammlung aufgeführten, von den Russen in der Bulowina verübten Greuelthaten, Plünderungen und Verwüstungen sind zum Teile bereits aus früher veröffentlichten Mitteilungen und aus den jüngsten Veröffentlichungen rumänischer Blätter hinreichend bekannt.

Zur Steigerung der englischen Munitionsherstellung.

London, 4. April. (W. T. B.) In Birmingham wurden die ersten Schritte getan, um festzustellen, wie weit sich die Leistungsfähigkeit der Fabriken, die sich mit der Herstellung von Kriegsgeschützen beschäftigen, emporschrauben läßt. Man glaubt, daß die Regierung in gewissen industriellen Konzernen mindestens einen kontrollierenden Einfluß zu erlangen sucht. In kleineren Werkstätten wurde durch Offiziere das Inventar aufgenommen. In den Rekrutierungsbüroen werden Leute für die Kriegsindustrie angeworben. Man nimmt auch ungeübte Arbeiter und verlangt keine ärztliche Untersuchung.

Die Verwaltung des feindlichen Eigentums in England.

London, 9. April. (W. T. B.) Der öffentliche Kurator des feindlichen Eigentums in England und Wales gab gestern den folgenden Bericht aus, aus dem hervorgeht, daß von dem Departement seit Beginn des Krieges Eigentum im Werte von insgesamt 85806818 Pfund Sterling, das Untertanen von England feindlichen Ländern gehört, in Verwaltung genommen wurde. Davon wurden 675 000 Pfund auf Zinsen angelegt. Die Ausgaben des Amtes werden aus den Einnahmen bestritten.

Neue Lohnforderungen.

London, 9. April. (W. T. B.) Die Allied Engineering Trades verlangen eine Lohnaufbesserung von sechs Schilling für die Woche. In Stobs Camp bei Harid, wo Baracken hauptsächlich für deutsche Kriegsgefangene errichtet werden, traten die Bauarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten am Dienstag in den Ausstand. Sie wurden durch Soldaten erlegt.

Die Forderungen der englischen Bergarbeiter.

London, 9. April. (W. T. B.) Die Exekutive des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien hielt eine Versammlung ab, in der über die Forderung der Bergarbeiter nach einer zwanzigprozentigen Lohnhöhung beraten wurde. Die Lage ist ernst, da die Arbeiter, die den Verband der Arbeitgeber der Mining Association of Great-Britain zu gemeinsamer Konferenz aufboten, auf Widerstand stießen und die Arbeitgeber sie auf die in den einzelnen Distrikten bestehenden Versöhnungsausschüssen verwiesen.

Die Arbeiterbewegung in den Ostseeprovinzen.

„Rakche Slomo“, das in Paris erscheinende russische sozialdemokratische Tageblatt, bringt folgenden Bericht eines lettischen Genossen: Seit Beginn des Krieges nahm die Sozialdemokratie Lettlands eine scharfe revolutionäre Stellung ein. Unsere Organisation wich vor dem Sturm der Ereignisse keinen Schritt zurück, sie schenkte der Legende über den „Vereinskrieg“ keinen Augenblick Glauben und wies alle chauvinistischen Bestrebungen entschieden zurück. Die Lage der lettischen Sozialdemokratie war sehr schwierig: Der Krieg rief zahlreiche Parteigenossen aus unseren Reihen, die Krise und die Arbeitslosigkeit warfen Tausende von Arbeitern auf die Straße, ringsum feierte der „Patriotismus“ der lettischen Bourgeoisie in Stadt und Land seine Orgien. . . . Unter diesen Bedingungen, die noch durch die polizeilichen Verfolgungen verschärft wurden, mußte die Sozialdemokratie Lettlands ihre Agitation einstellen. Es muß hervorgehoben werden, daß unsere Organisationen erhalten geblieben sind, daß der illegale Parteiparat ununterbrochen funktioniert und daß die (natürlich geheimen) Parteidruckereien Tausende von Flugblättern und Aufzügen in das Land hinausführen. Schon das vierde Mal werden die Flugblätter des Zentralkomitees im ganzen Gebiete verbreitet, in denen die wahren Ursachen des Krieges aufgedeckt und die Arbeiter aufgefordert werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Der 22. Januar, der Gedenktag des Blutsonntags in Petersburg, wurde im ganzen Lande gefeiert. In Riga waren die Arbeiterviertel mit Flugblättern überflutet, 7 oder 8 kleinere Fabriken streikten, von der Abhaltung einer Demonstration mußte aber Abstand genommen werden. Vor der Gerichtsverhandlung im Prozeß der fünf sozialdemokratischen Damaabgeordneten fanden auf mehreren Fabriken Protestversammlungen statt. Fast alle städtischen und ländlichen Organisationen reagierten auf diese oder jene

Weise auf den Gedenktag des Blutsonntags. — Ende Januar wurde ein neuer Aufruf des Zentralkomitees in 10 000 Exemplaren verbreitet, der auch in einige Kasernen Eingang fand. Zu gleicher Zeit wurde ein Flugblatt an die Landarbeiter herausgegeben, in dem diese anlässlich der neuen Arbeitsverträge für das neue Wirtschaftsjahr aufgefordert werden, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen.

Jügen wir zu dem Obigen hinzu, daß das Leben in unseren legalen Vereinen (Gewerkschaften, Genossenschaften und Bildungsvereinen) seinen Augenblick gesteckt hat, so können wir wohl mit einigem Recht behaupten, daß die lettische Arbeiterschaft ihre Pflicht erfüllt hat und nur des Augenblicks harret, um zusammen mit den Arbeitern des ganzen Reiches der Parole der Arbeitersolidarität zu folgen.

Die Unruhen an der serbisch-bulgarischen Grenze.

Sofia, 9. April. (W. T. B.) Das halbamtliche „Echo de Bulgarie“ schreibt: Der Zwischenfall von Vardona wirkt ein trübes Licht auf die schreckliche Lage, die der mazedonischen Bevölkerung von ihren neuen Herren bereitet wird. Die Mazedonier in der Gegend von Doiran und Tiroch, unterdrückt und am Ende ihrer Geduld, erhoben sich und mafiaktierten die serbische Gendarmerie. Truppen wurden gegen die Aufständischen abgeordnet, die außerstande, den Maschinengewehren und Geschützen Widerstand zu leisten, in großer Anzahl zur Grenze flüchteten, um auf bulgarischem Gebiete Zuflucht zu suchen. Man kann wohl sagen, daß die Rache dieser Opfer der Verzweiflung schrecklich gewesen ist, aber die hierher gelangten Nachrichten zeigen, daß ihre Unterdrückung blutig gewesen ist. Im Lichte dieser Tatsachen fiktur das ganze Auge, in den Bureau in Ritsch aufgerichtete Gebäude in den Staub. Weder die bulgarische Regierung noch ihre Organe an der mazedonischen Grenze haben den geringsten Anteil an dem Zustand des niederen Volkes, der die Ufer des missernen Warbar blutig gefärbt hat. Der Aufruhr ist auf serbischem Gebiet zum Ausbruch gekommen, hervorgerufen durch die Untaten der Beamten der serbischen Behörde. Unter der Herrschaft der Serben hat sich die Erschütterung wiederholt, die unter osmanischer Verwaltung chronisch war. Jetzt wie damals steht Bulgarien außerhalb der Angelegenheit, und wenn die Serben sich in Anschuldigungen gegen Bulgarien vergehen, so verfallen sie in den Irrtum türkischer Minister, einem Irrtum, der die bekannten Folgen gehabt hat. Es steht ihnen frei, auf diesem gefährlichen Wege zu verharren.

Zum serbisch-bulgarischen Konflikt.

Paris, 9. April. (W. T. B.) Die Presse äußert sich in scharfer Weise über die Antwort Bulgariens an Serbien und erklärt, die bulgarische Regierung entstelle die Tatsachen, um die Verantwortung für den Zwischenfall auf Serbien werfen zu können.

Der „Temps“ erklärt, ein solches Verhalten widerspreche den Traditionen der bulgarischen Politik nicht, aber diese Politik vermöge niemanden zu täuschen. Der „Temps“ hebt hervor, daß gleichzeitig mit dem serbisch-bulgarischen Zwischenfall ein solcher an der griechischen Grenze stattgefunden habe, gegen den Griechenland ebenfalls protestiert habe. Die bulgarische Regierung dürfe nicht glauben, daß Griechenland und Rumänien einem Angriffe Bulgariens auf Serbien untätig zusehen würden. Man müsse hoffen, daß Bulgarien die Angelegenheit nicht bis zu einer für Bulgarien unheilvollen Entschliegung treiben werde. Wenn Radoslawow und seine Kollegen unfähig seien, dem Einflusse Deutschlands und der mazedonischen Partei, die Bulgarien zum Kriege gegen Serbien aufzureizen wollen, zu widerstehen, so sollten sie anderen den Platz überlassen, aber Sofia müsse aufhören, eine zwiespältige Politik zu treiben, die unter dem Vorwande der Neutralität den Interessen der Feinde der Verbündeten diene.

„Gaulois“ schreibt, es sei unbekannt, ob die bulgarische Version mit den Ergebnissen der serbischen Untersuchung in Einklang gebracht werden könne. Es steht fest, daß Türken die Anstifter des Zwischenfalles seien. Die Revolte sei in Berlin und Wien angezettelt worden, um eine Spannung zwischen Serbien und Bulgarien zu erzeugen. Das beweise die bulgarische Antwort.

Nur „Petit Parisien“ begrüßt mit Genugthuung, daß Sofia jede Solidarität mit den Anstiftern des Handstreiches ablehne. Das Blatt sagt, die Erklärung Bulgariens ließe hoffen, daß der Zwischenfall schnell beigelegt werde.

Sieg der Republikaner bei der Bürgermeisterwahl in Chicago.

London, 9. April. (W. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Der demokratische Kandidat für die Bürgermeisterwürde in Chicago, Robert Schweizer, wurde von dem republikanischen Kandidaten geschlagen. Bei der Bürgermeisterwahl stimmten zum erstenmal Frauen mit.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. April. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von heute nachmittag. In der Nacht vom 7. zum 8. warfen die englischen Truppen einen deutschen Angriff zwischen Kemmel und Bulmerghem zurück. Wir machten Fortschritte zwischen Maas und Mosel, gewannen Gelände in Eparges und wendeten uns wieder gegen den Feind. Die deutschen Schützengräben sind voller Leichen. Gegen Ende des Tages warfen wir zwei Gegenangriffe im Walde vonilly zurück und erbeuteten sechs Maschinengewehre und zwei Minenwerfer. Im Wald von Wort Mare wurden unsere Fortschritte trotz gestern abend 7 Uhr ausgeführter sehr heftiger Gegenangriffe behauptet.

Sembat in Marseille.

Paris, 9. April. (W. T. B.) Der „Temps“ meldet aus Marseille: Minister Sembat und eine Abordnung des Nationalrats ausschusses für öffentliche Arbeiten sind in Marseille eingetroffen und haben mit der Prüfung von Maßnahmen begonnen, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Hafens von Marseille auf das höchste Maß zu steigern. Sembat und die Abordnung wurden von der Handelskammer empfangen. Sembat erklärte in einer Ansprache, daß die politischen Kämpfe, welche nach dem Kriege sicher wieder ausbrechen würden, die Volkvertreter nicht hindern würden, an dem wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs ihren Anteil zu nehmen. Eine der wichtigsten Aufgaben sei, den Wert der Häfen auszunutzen. In dieser Beziehung könne man viel vom Feinde lernen, welcher durch planmäßige Arbeit und Energie seinen Küsten die höchste Nutzung abzugewinnen gewußt habe. Die nationale Tätigkeit Frankreichs müsse sich die Methoden wirksam und praktischer Organisation zu eigen machen.

Der Bericht des russischen Generalstabes der Kaukasus-Armee. Petersburg, 9. April. (W. T. B.) Der Stad der Kaukasusarmee teilt mit: An der Küste dauerte am 7. April das Gewehrfeuer den ganzen Tag. In der Richtung auf Artwin und nördlich von Cisi geht unsere Offensive weiter. Türkische Angriffsversuche gegen den Paz von Südschghiad im Tale von Alajschek wurden abgewiesen. An den anderen Fronten keine Veränderungen.

Nutzt die Streckung der Lebensmittel?

Professor Dr. Elzbacher wendet sich im „Berliner Tageblatt“ sehr scharf gegen die sogenannte Streckung der Lebensmittel. Er knüpft an die letzte Bundesratsverordnung vom 31. März an, die gestattet, daß dem Roggenbrot statt der bisher vorgeschriebenen Kartoffeln auch Weizenmehl, Erbsenmehl, Reis-...

Wenn irgendein Begriff in dieser Kriegszeit Unheil angerichtet, die Behörden und das Volk über die Lage der Dinge getäuscht und dazu verführt hat, nebensächliche Maßregeln für wichtig zu halten und die unbedingt gebotenen zu unterlassen, so ist es der zur Mode gewordene Begriff der Streckung.

Die Streckung ist ohne jeden Wert für die unvergleichlich viel wichtigeren Aufgabe, daß wir mit unserer Nahrung überhaupt auskommen, also in Gestalt von Weizen, Roggen usw. eine genügende Gesamtmenge von Nährwerten behalten. Ja, im Hinblick auf diese Aufgabe kann die Streckung einzelner Nahrungsmittel geradezu unheilvoll wirken, indem sie die öffentliche Aufmerksamkeit über Gefahren hinwegtäuscht und von dem wirklich Wesentlichen ablenkt.

Nimmt man, wie es jetzt gestattet worden ist, zur Streckung unseres Kartoffelbrotts statt Kartoffeln Weizen, Erbsen, Reis oder Sago in das Roggenbrot hinein (wozu es allerdings in Anbetracht des Preises dieser Stoffe kaum kommen wird), so gewinnt man Kartoffeln, verliert aber dafür sehr wichtige Nahrungsmittel, die doch auch nicht in beliebiger Menge vorhanden sind und die uns in Gestalt von Suppen, Gemüsen oder Mehlspeisen weit bessere Dienste leisten können. Verfüllt man zur Streckung unserer Futtermittel Zucker an die Schweine, so verliert man diesen Zucker für die menschliche Nahrung, für die er mehr als doppelt so viel geleistet haben würde, wie der mit seiner Hilfe erzeugte Speck.

Man soll sich also nur nicht einbilden, durch die sogenannte Streckung irgendwelche Nährwerte zu gewinnen. Was man Streckung nennt, bedeutet nichts anderes, als wenn jemand ein Loch in seinem rechten Kessel mit einem Stück Stoff füllt, das er zu diesem Zweck aus seinem linken Kessel herausgeschnitten hat. Was wir Streckung nennen, besteht immer nur darin, daß man an einer Stelle einen Mangel deckt und zugleich an einer anderen einen solchen schafft.

Es ist zwecklos, an einem Nahrungsmittel zu sparen und dafür ein anderes, das zufällig noch nicht der Gegenstand einer amtlichen Aufnahme gewesen ist, desto härter zu verbrauchen. Darauf kommt es an, daß im ganzen Nährwerte eingespart werden. Dazu gehört, daß wir nichts mehr vergeuden, nichts im Uebermaß essen und trinken und keine Reste und Abfälle verkommen lassen; daß dies geschehen muß, erkennt unser Volk von Tag zu Tag mehr. Dazu gehört ferner, daß wir keine menschlichen Nahrungsmittel mehr an die Schweine verfüttern, die uns in ihrem Fleisch und Fett noch nicht die Hälfte der an sie verführten Nährwerte wiedergeben.

Professor Elzbacher hat mit seiner Kritik insofern recht, als durch die „Streckung“ natürlich eine Vermehrung der Nahrungsmittel nicht eingetreten ist. Die Bundesratsmaßnahmen haben es nur erreicht, daß alle verschiedenen Nahrungsmittel für die nächsten Monate in gewisser Menge vorhanden sind. Wäre die „Streckung“ nicht erzwungen worden, so hätten wir heute wahrscheinlich kein Weizenmehl mehr, dafür aber die entsprechende Menge mehr Roggenmehl, weniger Roggen — aber mehr Kartoffeln. Der Schlussfolgerung Elzbachers können wir dagegen nur zustimmen: da einzelne Nahrungsmittel knapp sind, muß das Verfüttern aller für die menschliche Ernährung in Frage kommenden Stoffe an Tiere unbedingt verhindert werden.

Politische Uebersicht.

Wassermanns Kriegsziel.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wassermann äußert sich in einem Artikel im „Hamb. Fremdenblatt“ über das Kriegsziel wie folgt:

Für seine materiellen Interessen richtete England seine Seeblockade auf, die unrettbar geworden ist für Deutschland und darüber hinaus für alle neutralen Staaten. Dieser das Militär zu brechen, ist Ziel und Preis des uns aufgedrungenen Krieges. Dafür müssen für Deutschland die notwendigen Sicherheiten erzwungen werden. Nach Westen hin und an der Nordsee, um künftighin sich feindlichen Ueberfall vom Halse zu halten. Im Osten aber müssen die Grenzen aufgerichtet werden gegen die Ueberflutung der germanischen Welt durch das Russentum. Dagegen müssen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sichergestellt werden. Hier winkt ein hohes Ziel, das nur mit eigener Energie erreicht werden kann, aber auch erreicht werden muß, wenn der russische Walze ein dauerndes Halt geboten sein soll. Die Interessensphären, die wir uns mit deutschem Reich und deutschem Können in Kleinasien gewonnen haben, sind zu sichern gegen Anstöße Drang nach dem Westen und seinen Vormarsch durch Kleinasien nach Konstantinopel. Was auf dem Gebiete der Kolonien erreicht werden muß, ist zweite Frage, im Vordergrund steht die eiserne Notwendigkeit, in Europa und die Sicherheit zu gewinnen, die uns künftige Kriege vom Halse hält und der Welt den Frieden sichert.

Das ist so allgemein gesagt, daß man sich kein richtiges Bild von Wassermanns Absichten machen kann. Gehört für den nationalliberalen Abgeordneten zur Sicherung Deutschlands an jeder Front eine Gebietsverweiterung? Glaubt er den Krieg bis zur völligen Niederwerfung aller gegnerischen Staaten fortführen zu müssen? Konservative Politiker haben gerade in der letzten Zeit betont, man müsse alle Illusionen über Kriegserfolge aufgeben und sich auf ein konkretes, erreichbares Ziel beschränken.

Nicht viel klarer sind Wassermanns Ausführungen über die Friedensarbeit im Innern:

„Und wenn dies neue Deutschland zur Friedensarbeit zurückkehrt, wenn die Millionen dem häuslichen Herd ihrer Familie zurückgegeben sind, dann wird sich die Kriegsernergie in Friedensarbeit umwandeln. ... Engbrüstiger Zweifel muß schweigen, Anstößurteile müssen schwinden und den Westen muß freier Aufstieg in die Höhen des staatlichen Lebens gewährt werden. Wie im Felde der Offizier mit den Soldaten gehungert und das

letzte Stück Brot geteilt, so muß Brüderlichkeit und gegenseitige Achtung die neue Zeit erfüllen. Der Hochmut der privilegierten Klassen, die zünftige Ueberhebung muß weichen und frei werden muß die Bahn dem Tüchtigsten, innerhalb Deutschlands wie draußen im Wettbewerb der Nationen.“

Diese Wünsche haben wir in allen Tonarten seit Kriegsbeginn von den verschiedensten Seiten gehört. Aber auf welchem Wege sollen Wassermanns Ziele verwirklicht werden? Was wollen er selbst und seine Partei im einzelnen tun, um die Wünsche in die Tat umzusetzen? Das ist die Frage, auf die von Tag zu Tag mehr alle politisch Interessierten eine Antwort heischen.

Verbotene Proschüren.

Die Kommandantur in Danzig hat den Vertrieb der Proschüre „Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund“ von Kautsky untersagt. Zu widerhandlungen werden auf Grund des Befehles über den Belagerungszustand verfolgt.

Zur Verhaftung der Genossin Lugemburg.

Bekanntlich ist die Genossin Dr. Rosa Lugemburg im Februar dieses Jahres ohne vorherigen Widerruf des ihr bis zum 31. März dieses Jahres gewährten Strafausschubes plötzlich verhaftet und im „Grünen Wagen“ in das Frauengefängnis in der Barnimsstraße übergeführt worden. Die von dem Rechtsbeistand der Genossin Lugemburg, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, gegen die plötzliche Verhaftung eingelegte Beschwerde ist von der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt a. M. zurückgewiesen worden. Die hiergegen eingelegte Beschwerde an den Justizminister ist noch nicht entschieden.

Gleichzeitig hatte sich Genosse Weinberg über die Art und Weise der Verhaftung, insbesondere über den Transport der Genossin Lugemburg im „Grünen Wagen“ beschwert. Auf diese Beschwerde ist nunmehr von dem Berliner Polizeipräsidenten, an den die Sache abgegeben worden war, ein ablehnender Bescheid eingegangen. Die Ablehnung wird unter anderem damit begründet, daß sich in dem „Grünen Wagen“ nur noch sechs weibliche Gefangene befunden hätten, die sämtlich wegen Sittenpolizeiübertretungen zu Haftstrafen verurteilt worden seien. Es wird wohl nur wenige Menschen geben, die es als angemessen empfinden, eine Frau, die, wie die Genossin Lugemburg zur Verhöhnung einer politischen Strafe verurteilt wurde, mit Dirnen zusammen im „Grünen Wagen“ transportieren zu lassen.

Unglaubliche Preisunterschiede.

Nach einer Veröffentlichung des Westfälischen Bäckerinnungsverbandes kosten zurzeit: Roggenschrot (wird zur Herstellung von Schwarzbrot verwendet) in Coesfeld 27 M., in Gelsenkirchen 40,50 M., Roggenmehl in Herford 33,50 M., in Herford 50 M. Es wird zugleich herabgehoben, daß diese krassen Abweichungen auf das verschiedenartige Vorgehen der Gemeinden zurückzuführen wären.

Kriegsteuerungszulagen.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg verhandelte am Donnerstag über eine Vorlage des Magistrats auf Bewährung einer Kriegsteuerungszulage an die städtischen Arbeiter, Angestellten, Lehrer, Lehrerinnen und Beamten, soweit ihr Jahreseinkommen den Betrag von 2000 M. nicht übersteigt. Der Magistrat schlägt vor, den städtischen Arbeitern einen Lohnzuschlag von täglich 30 Pf. und den übrigen Angestellten eine auf den Monat oder auf das Jahr ausgerechnete Gehaltszulage in gleicher Höhe zu geben. Der Willigkeit halber wurde vorgeschlagen, die mehr als 2000 M. Jahresgehalt beziehenden, ohne Zulage aber schlechter stehen würden als jüngere Beamte, die eine Zulage erhalten, soweit als Zulage zu gewähren, daß sie denjenigen gleichstehen, die ein Gehalt von 2000 M. und Teuerungszulage beziehen. Die Kosten sollen, da sie zur Vinerdung der durch den Krieg entstandenen Not erforderlich geworden sind, aus dem Kriegsfonds entnommen werden, d. h. sie werden nicht aus ordentlichen Mitteln, sondern aus Anleihemitteln gedeckt. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte den Vorschlägen zu.

Kriegsinvalidenfürsorge und Unternehmertum.

In der „Täglichen Rundschau“ appelliert B. König, ein Mitglied des Ausschusses für Kriegsinvalidenfürsorge in Freiburg, lebhaft an das Pflichtgefühl des Unternehmertums zugunsten der Kriegsinvaliden. Er schreibt im Schluß seines Artikels:

„Meiner Ansicht nach ist bisher viel zu wenig öffentlich darauf hingewiesen worden, daß die Arbeitskraft der Kriegsschädigten, die jung oder im besten Mannesalter sich befinden, viel zu kostbar ist, um dem Reich verloren zu gehen. Das haben sich die Reichsbehörden schon längst klar gemacht, und sich bereit erklärt, für Anstellung der Kriegsinvaliden im weitesten Maße zu sorgen. Die Bahn- und Postverwaltungen haben schon damit begonnen, auch andere Behörden sind nachgefolgt, so ist z. B. in Baden ein Lehrer, der im Kriege einen Arm verloren hat, wieder angestellt. Dagegen ist noch keine Rundgebung oder Anregung in der Sache aus den Kreisen der privaten Arbeitgeber erfolgt, die darauf hindeutet, daß sie ihrer Pflicht bewußt sind, Leute, die im Kampfe für ihre Sicherheit zu Krüppeln geworden sind, wieder Arbeitsgelegenheit geben zu müssen. Ja, es sind sogar beim Arbeitsamt in Freiburg i. Br., welches sich mit der Stellenvermittlung für die Invaliden befaßt, vereinzelt abschlägige Antworten eingelaufen. Es ist an der Zeit, daß die Arbeitgeber in dieser Angelegenheit zu einer Verständigung gelangen und eine großzügige Aktion zur Unterbringung der Kriegsschädigten freiwillig einleiten jetzt schon während des Krieges, anstatt daß etwas nach dem Kriege unter Zwange der Verhältnisse und Parteien geschieht. Es wäre z. B. die Gründung eines Ausschusses der Arbeitgeber in jedem Bundesstaat zu empfehlen, welcher zusammen mit den Arbeitgebern, wo solche existieren, oder unabhängig davon in Ermangelung derselben die Stellen vermittelt und mit den Ausschüssen der anderen Bundesstaaten Pflanzung hat. Es sind die Kriegsinvaliden, welche den ersten Anspruch auf vakante Stellen haben, in welchem Verufe es auch sei, und daß sie in jedem Verufe zu treffen sein werden und daher wahrscheinlich die Kontore und die meisten Fabrikanten Verleugte anzustellen genötigt sein werden, unterliegt kaum einem Zweifel. Das muß man sich klar machen. Die Angelegenheit ist von solcher Wichtigkeit, daß sie nicht früh genug angeregt werden kann.“

Zufermangel trotz reichlicher Vorräte.

Unter dieser Epithete wird im Handelsteil des „Berl. Tagebl.“ folgendes merkwürdige Versehen kritisiert: Die Versorgung des Konsums mit Zucker hat in gewisser Hinsicht die Regierung übernommen, nämlich dadurch, daß sie den Rohzucker

beschlagnahmte und nach Bedarf Rohzucker zum Verkauf an die Raffinerien freigibt. Für die Durchführung dieser Anordnung hat die Regierung besondere Organisationen geschaffen; sie hat ferner bestimmt, daß 65 Proz. der deutschen Zuckerezeugung für den menschlichen Konsum bereit gehalten werden sollen, während die restlichen 35 Proz. für andere Zwecke verwendet werden sollen. Die 65 Proz. für den menschlichen Verbrauch bestimmten Rohzuckermengen sind jedoch nicht auf einmal an die Raffinerien freigegeben worden, sondern es werden nach und nach gewisse Proportionsanteile der vorhandenen Vorräte den Raffinerien zugeführt, so daß immer nur ein gewisser Teil der gesamten Zuckervorräte disponibel ist.

Diese Art der Versorgung des Konsums mit Zucker hatte bisher leidliche Dienste getan, bis in neuerer Zeit sich ein Mangel an verfügbarem Konsumzucker einstellte.

Die letzte Freigabe von Rohzucker an die Raffinerien war vor etwa 10 Wochen erfolgt und zwar in einer den Bedürfnissen nicht ganz gerecht werdenden Menge. Eine neue Freigabe von Rohzucker an die Raffinerien und damit eine Vermehrung des Konsumzuckers war für die Zeit kurz vor dem Osterfest in Aussicht gestellt. Leider sind die Verhandlungen zwischen den Organisationen bisher nicht zum Abschluß gelangt. Infolgedessen hat sich, da die vorhandenen Bestände ziemlich geräumt sind, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Großstädten vorübergehend ein Mangel an verfügbarem Zucker herausgestellt, so daß die Preise sowohl im Groß- als auch im Kleinhandel eine wesentliche Steigerung erfahren haben. Diese Verteuerung ist sachlich durch nichts gerechtfertigt und nur zurückzuführen auf mangelndes Zusammenarbeiten zwischen den neuen Organisationen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 104 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Generalkommando des 1. Armeekorps, Radfahrer-Kompagnie (siehe Radfahrer-Komp. des 1. Armeekorps); IX. Etappen-Inspektion, Etappen-Munitionsverwaltung (siehe hinter den Verzeichnissen);

Truppenabteilung Hoffmann (siehe Erf.-Inf.-Reg. Hoffmann); 3. Garde-Reg. 3. B.; 2. Garde-Reserve-Reg.; Garde-Grenadier-Reg. Elisabeth, Augusta und R. 5; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Reserve-Jäger- und Garde-Reserve-Schützen-Bataillone; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 5 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. Gropp), 6, 7, 11, 14, 16, 17, 18, 20, 22, 23, 25, 28, 29, 30, 31, 33, 34, 36, 37, 40, 41 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. v. Surnatowski), 42, 43, 44 (siehe Erf.-Inf.-Reg. der 10. Landwehr-Division), 45 (siehe auch Radfahrer-Komp. des Generalkommando des 1. Armeekorps), 46 (siehe Etappen-Munitionsverwaltung der IX. Etappen-Inspektion), 49, 51, 55, 57, 59, 61, 64, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 74, 76, 80, 81, 82, 85, 86, 87, 89, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 99, 109, 110, 112, 113, 114, 116, 128, 132, 135, 136, 137, 138, 140, 142, 143, 145, 147, 148, 151, 152, 154, 160, 161, 162 (siehe Inf.-Reg. Nr. 152), 164, 165, 166, 168, 169, 170, 173, 174, 175, 176; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 2, 5, 11, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 31, 32, 34, 35, 38, 39, 40, 46, 48, 52, 53, 55, 59, 61, 68, 67, 71, 74, 77, 79, 80, 81, 82, 84, 86, 87, 88, 91, 92, 93, 98, 99, 110, 111, 116, 118, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 208, 209, 213, 214, 216, 217, 219, 223, 226, 227, 230, 231, 236, 240, 253, 268, 272; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 28, Gropp, Hoffmann, v. Surnatowski, Leimbach-Jerener und folgendes der 10. Landwehr-Division; Reserve-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 4; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 3, 6, 15, 17, 18, 19, 20, 23, 25, 26, 27, 31, 32, 33, 34, 35, 38, 39, 46 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Leimbach-Jerener), 47, 48, 68, 75, 76, 81, 84, 100, 116 und v. Gumbach; Landwehr-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 4; Bekämpfungs-Regimenter Nr. 1 und 2 der Brigade Douffin, Nr. 4 der Brigade v. Reishwig; Landwehr-Inf.-Bat. Altendorf (siehe Landw.-Inf.-Reg. v. Gumbach); 1. Westfälisches Landw.-Inf.-Bat. Breslau; Landwehr-Erf.-Bat. Aulm; Brigade-Erf.-Bat. 1. und 2. Nr. 5, 10, 15, 16, 26, 30, 31; Landwehr-Brigade-Erf.-Bat. Nr. 20/30 (siehe Landw.-Erf.-Reg. Nr. 4); 3. Garde-Landsturm-Bat. Döberitz; Landsturm-Bataillone 2. Nachen, I Darmstadt, Dären, I Essen, 3. Frankfurt a. O., 2. Rannheim, II Münster, Neujals, I Osterode, I Namisch (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1 der Brigade Douffin), Saunter, II Stolp, 4. Trier (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 4 der Brigade v. Reishwig), Worms; Jäger-Bataillone Nr. 3, 6, 8, 11; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 3, 5, 6, 8, 11, 21, 24; Radfahrer-Komp. des Generalkommandos des 1. Armeekorps; Maschinengewehr-Abteilung Leichter und Maschinengewehr-Kompagnie Gerullis (siehe Erf.-Inf.-Reg. Hoffmann); Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 6 der Brigade Schütte;

2. Garde- und Garde-Res.-Dragoner-Reg.; Kürassiere Nr. 7; Dragoner Nr. 7 (siehe Kav.-Erf.-Abt. des 21. Armeekorps), 11, 22; Reserve-Dragoner Nr. 1; Husaren Nr. 7, 11; Reserve-Husaren Nr. 5; Manen Nr. 2, 9, 14; Reserve-Manen Nr. 1; Jäger zu Pferde Nr. 12; Erf.-Kav.-Reg. Nr. 1 der 3. Reserve-Division; Reserve-Kav.-Abt. Nr. 49; Kav.-Erf.-Abt. des 21. Armeekorps; 2. Landsturm-Eskadron des 6. und 1. des 14. Armeekorps;

3. und 6. Garde- sowie 8. Garde-Res.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 5, 6, 8, 11, 15, 16, 20, 21, 22, 27, 37, 38, 39, 41, 51, 52, 54, 56, 58, 60, 72, 74, 80, 81, 83, 84; Reserve-Feldart.-Regimenter Nr. 3, 17, 19, 45, 47, 58, 63, 66;

2. Garde- sowie 1. und 2. Garde-Reserve-Fußart.-Reg.; Fußartillerie-Regimenter Nr. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 18, 20; Reserve-Fußartillerie-Regimenter Nr. 1, 3, 4, 6, 7, 9, 10, 11, 14, 18, 20; Landwehr-Fußart.-Bataillone Nr. 6, 8, 9; Part.-Komp. Nr. 6 der 15. Inf.-Division;

Pionier-Regimenter Nr. 18 (siehe Ref.-Pionier-Bat. Nr. 34), 20, 23, 24, 26, 30; Pionier-Bataillone I. Garde, I. R. 3, I. R. 4, I. R. 5, I. R. 11 und II. R. 6, I. R. 11 und II. R. 7, I. R. 8, I. R. 9, I. R. 11 und II. R. 11, I. R. 14, I. R. 17, I. R. 21, I. R. 26, II. R. 27; Reserve-Pionier-Bataillone Nr. 34, 39; Pionier-Erf.-Bataillone Nr. 9, 21; 41, 46 und 87. Reserve-Komp.; 1. und 3. Landwehr-Komp. des 6. sowie 1. des 11. Armeekorps; Leichter Festungs-Schneidwerkzeug Nr. 4; Eisenbahn-Paulomp. Nr. 6; Landwehr-Eisenbahn-Paulomp. Nr. 6; Fernsprech-Abteilung des 7. Reservekorps; Feldmuskiffler-Abteilung des 23. Reservekorps; Feldfliegertruppe;

Etappen-Munitionsverwaltung der IX. Etappen-Inspektion; Sanitäts-Kompagnien Nr. 2 des 14. und Nr. 1 des 17. Armeekorps;

Landwehr-Fußpart.-Kolonne Nr. 1 des 6. Landwehrkorps; Feld-Bäckerei-Kolonne Nr. 2 des 2. Armeekorps; Artilleriedepot Antwerpen.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 170 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Die schließliche Verlustliste Nr. 131 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 102, 104, 105, 108, 133, 134, 139; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 101, 243, 245; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 32, 40; Brigade-Erf.-Bat. Nr. 80; Erf.-Bataillone der Infanterie-Regimenter Nr. 105, 134, 139; Erf.-Inf.-Reg. Nr. 6; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 104; Jäger-Bat. Nr. 12; Reserve-Jäger-Bat. Nr. 26.

Die wertvollere Verlustliste Nr. 154 veröffentlicht Verluste des Brigade-Erf.-Bat. Nr. 51; Inf.- und Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 120; Infanterie-, Reserve- und Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 121; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 122, 123, 124; Inf.-Regimenter Nr. 127, 180;

1. Erf.-Abteilung Feldart.-Reg. Nr. 65; 1. Train-Abteilung; Verluste durch Krankheiten.

Bewerkschaftliches.

Unstimmigkeiten bei der Entlohnung der Kriegsarbeiter.

In der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird Klage geführt über die verschiedenartige Beurteilung, welche die Entlohnungsfrage der in der Kriegsindustrie tätigen Arbeiterschaft bei den Behörden findet. Die Organisationsvorstände der Unternehmer sowohl als der Arbeiter in der Holzindustrie waren sich einig auf den folgenden Beschluß geworden:

„Es muß für die beiderseitigen Verbandsangehörigen unter allen Umständen der Grundsatz gelten, daß die in jahrelanger opfervoller Arbeit beider Parteien geschaffenen Tarifverträge auch über die Zeit des Krieges hinaus ihre volle Gültigkeit behalten und in jeder Beziehung zu schützen und einzubehalten sind. Das Gewerbe würde selbst am meisten zu leiden haben, wenn sich in der Zukunft die Kämpfe wiederholen müßten, welche der Herbeiführung unserer heutigen tariflichen Einrichtungen vorausgegangen sind.“

Leider ist diese Mahnung nicht bei allen Unternehmern auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Verbandsvorstand wurde durch die immer wieder von den Arbeitern über Lohnrückläufer erhobenen Klagen zu einer Beschwerde bei der Militärbehörde gezwungen und erhielt darauf von der Feldzeugmeisterei folgenden Bescheid:

„Die Unternehmer . . . haben von der Heeresverwaltung Anweisung, Lohnsätze zu gewähren, die es den Arbeitern ermöglichen, einen Tagesverdienst zu erreichen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittslohn für die in Betracht kommende Arbeitsart zurückbleibt.“

Eine Anzahl von Firmen legte nun die Verfügung der Feldzeugmeisterei über den „ortsüblichen Tagelohn“ dar, aus der die in Frage kommenden Tarifverträge um mehr als die Hälfte des Tariflohnes unterboten wurden. Der Holzarbeiterverband wandte sich unter Anführung von Einzelfällen darauf wieder an die Militärverwaltung und ersuchte diese, der geschilderten Auslegung ihrer Verfügung entgegenzutreten. Das war notwendig, weil diese Auslegung nicht nur die Löhne der in Frage kommenden Arbeiter herabdrückte, sondern auch den auf tarifliche Verhältnisse haltenden Unternehmern eine häßliche Schmutzkonkurrenz großzog. Bei der Verantwortung dieser Bescheide, die sich an die verschiedensten Dienststellen richten mußten, stellte sich nun eine große Ungleichmäßigkeit der Behörden gegenüber der grundsätzlichen Bedeutung der Tarifverträge heraus. In einem Falle erhielt die Artilleriewerkstatt Spandau an einen Unternehmer folgende Warnung:

„An die Firma . . . Es ist in Erfahrung gebracht, daß Sie an Ihre Arbeiter zu niedrige Löhne zahlen. Sie haben sich an den vom Deutschen Holzarbeiterverband aufgestellten Tarif zu halten. Sollten neue Bescheide gegen Sie ausfallen, werden Ihnen Aufträge nicht mehr erteilt werden.“

Auf unsere späteren Beschwerden an die Kriegsministerien in Preußen, Sachsen und Bayern wegen Tarifbruchs mehrerer Firmen wurden entgegen der vorfindenden Stellungnahme die widerspruchsvollsten Antworten erteilt.

Das bayerische Kriegsministerium vermied eine prinzipielle Erklärung und äußerte sich, es sei vom Kriegsministerium angeordnet, daß die Preis- und Lohnverhältnisse nochmals eingehend geprüft und, soweit geboten, geregelt werden sollen.

Das sächsische Kriegsministerium gab den Bescheid: „Bei weiterer Vergabung von Geschloßlieferungen werden die Lieferanten auf Zahlung der vom Verbandsfestgesetzten Mindestlöhne verpflichtet werden.“ Dagegen lautete die Antwort des preussischen Kriegsministeriums, die von der Feldzeugmeisterei erteilt wurde, genau entgegengesetzt, und zwar:

„Dem Ertrüben, den Unternehmern zur Pflicht zu machen, die von den Organisationen vereinbarten Arbeitslöhne zu zahlen, kann jedoch nicht ausgesprochen werden.“

Diese ungleichmäßige Stellungnahme in der Frage der Entlohnung ist um so bedauerlicher, als den Arbeitern selbst die Möglichkeit arg beschneidet, sich durch Verlassen schlechter Arbeitsstellen und Auffuchung besser bezahlter Arbeit lohngeregulierend zu wirken. Der Militärbehörde geht begreiflicherweise die Fertigstellung der einer Firma einmal übertragenen Kriegsaufträge allem anderen vor. Trotzdem müssen sich Mittel und Wege finden lassen, durch welche die Bedürfnisse der Heeresverwaltung befriedigt werden, ohne daß eine Benachteiligung einzelner Arbeiter und eine Verletzung der durch Unternehmer und Arbeiter in gemeinsamer Tätigkeit geschaffenen tariflichen Institutionen vorkommt. Was in der Konfektionsbranche möglich war, läßt sich zweifellos auch auf andere Arbeitsgebiete übertragen, wenn man auch das dort geschaffene Vorbild nicht slavisch nachzuahmen braucht. Daß die Arbeiter eines Berufes vor allen Dingen gleichmäßig entlohnt und behandelt werden möchten, ist ein Wunsch, den man wohl begreifen kann.

Deutsches Reich.

Eine Steinscherlokomotive. Der Vorsitzende der Filiale Kilstod des Steinscherlokomotiveverbandes teilte der „Allgemeinen Steinscherlokomotive“ kürzlich durch eine Feldpostkarte mit, daß er einer Strassenbaukompanie im Westen zugeteilt worden ist, in welcher neben ihm noch 30 Verbandsmitglieder eingereiht sind. Er fügte hinzu, daß das Verlangen nach der Fachzeitung bei den dort tätigen Kollegen ein besonders großes ist.

Eine Befehzte.

Ein Kieler Mitglied des Fleischerverbandes schreibt vom westlichen Kriegsschauplatz u. a.: „Meinen herzlichsten Dank für die Unterstützung, die Ihr meine Frau zukommen laßt; sie spricht jetzt schon ganz anders über den Verband wie vor dem Feldzug.“

Ausland.

Die nordböhmischen Textilarbeiter fordern vom Unternehmerverband eine Lohnhöhung von 15 Proz. Sie verweisen darauf, daß die Lebensmittel seit Kriegsbeginn im Durchschnitt um 88 Proz. im Preise gestiegen sind.

Gewerkschaftliche Gedentage in Norwegen.

Die Kesselschmiede in Kristiania konnten, wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ einem Bericht des norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes entnimmt, am 9. Februar auf ein 25 jähriges Bestehen ihrer Organisation zurückblicken. Im Jahre 1890 brachte ein Rest, das die Maschinenbauer in Kristiania abhielten, einige Kesselschmiede auf den Gedanken, sich zu einem Kesselschmiederverein zusammenzuschließen. Dabei dachten sie allerdings weniger an einen Kampfverein als an einen Vergnügungsverein. Am 2. Februar 1890 hielten sie eine Versammlung ab, zu der sich

250 Berufskollegen einfanden. Dabon ließen sich 45 als Mitglieder aufnehmen. Man wählte einen Ausschuß zur Ausarbeitung der Satzungen, und am 9. Februar erfolgte endgültig die Gründung von Kristiania platearbeideres forening. Dieser Vergnügungsverein entwickelte sich jedoch bald weiter als seine Gründer gedacht hatten, indem die Mitglieder Einspruch gegen die Aufnahme eines Obermeisters erhoben. Die erste Mitgliederversammlung beschloß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. In der Folge beschäftigte der Verein sich immer mehr mit Berufsangelegenheiten, führte Lohnbewegungen usw.

Im August 1890 fand in Kristiania der dritte skandinavische Arbeiterkongress statt. Auf diesem waren auch Vertreter des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauer-Verbandes und des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes anwesend. Diese hielten am 18. August eine Massenversammlung ab, zu der die Maschinenbauer, die Formier, die Schmiede und die Kesselschmiede eingeladen waren. Die Redner empfahlen den Kollegen, sich zu einem großen Verbände zusammenzuschließen. Die Versammlung stimmte ihnen zu. Die Vorstände der einzelnen Verbände kamen zusammen, ebenfalls fanden sich ein die dazu geladenen Vorstände der Kohrleger und der Kesselarbeiter. Diese Zusammenkunft wählte einen Ausschuß zur Ausfertigung der Verbandsstatuten. Die Gründung des Verbandes erfolgte in einer Massenversammlung am 28. Februar 1891. Die Kohrleger und die Kesselarbeiter machten nicht mit. So wurde der Kesselschmiedeverein einer der Vorläufer des Eisen- und Metallarbeiterverbandes, und er bildet jetzt noch in Kristiania eine besondere Verbandsabteilung.

Der Kohrlegerverein in Kristiania feierte am 6. März sein 30 jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß gab er einen besonderen Bericht über seine Tätigkeit während des letzten Jahres heraus, mit dem das Verbandsblatt des norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes sich ausführlich beschäftigt. Danach ist das Gewerbe der Kohrleger seit etwa 50 Jahren in Norwegen vertreten. Während der ersten 20 Jahre kümmerten sie sich nicht um die Arbeiterbewegung. Die in den 80er Jahren entstehenden Fachvereine anderer Berufe brachten einige Kollegen unter den Kohrlegern jedoch auf den Gedanken, daß der Zusammenschluß auch für sie gut sein könne. Eine auf den 17. Dezember 1884 einberufene Versammlung beschloß, einen Fachverein zu gründen. Von welchem Geiste dieser in den ersten Jahren befeelt war, ging daraus hervor, daß er 1887 beschloß, an dem zum 17. Mai geplanten Arbeiterkongress nur dann teilzunehmen, wenn der Festredner kein Sozialist oder Ausländer sei. Sonst nahm der Verein und besonders sein Vorstand gerne an Festlichkeiten teil. Noch 1891 berieten mehrere Versammlungen darüber, ob der Verein mit seiner Fahne am Empfang des deutschen Kaisers teilnehmen solle. Die Teilnahme an der Kaiserfeier stand wiederholt zur Beratung; sie wurde aber stets abgelehnt. Dementprechend trat der Verein auch aus dem Gewerkschaftsbund aus und schloß sich dem in bürgerlichem Fahrwasser regelnden Norsk fagforbund an. Als 1900 über den Anschluß an den norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverband abgestimmt wurde, stimmten nur fünf Mitglieder dafür. Ein Jahr später löste der Verein jedoch seine Verbindung mit dem bürgerlichen Fachverband und die Mitglieder kamen zur Besinnung dadurch, daß die bisher auch in ihrem Verein gebildeten Unternehmern die Löhne um 10 Proz. kürzten. 1902 beschloßen sie mit 30 gegen 15 Stimmen den Wiedereintritt in den Gewerkschaftsbund. Der Vorstand führte den Beschluß jedoch nicht aus und erst 1904 wurde er vollzogen.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue Kriegs-Aktiengesellschaft.

Eine Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen ist gegründet worden. Der Zweck der Gesellschaft besteht in der Beschaffung, Bearbeitung und Verwertung von Stoffabfällen, um den Bedarf des Heeres und der Marine sicherzustellen. Der Betrieb der Gesellschaft ist auf Erwerb nicht gerichtet, sie verfolgt vielmehr lediglich gemeinnützige Zwecke. Das eine Million Mark betragende Aktienkapital ist von den 28 Gründern der Gesellschaft bereits voll übernommen und mit 25 Proz. bei der Dresdner Bank eingezahlt. Eine Uebertragung der Aktien ist nur mit Genehmigung des Aufsichtsrats zulässig. Den Aktionären wird eine Vergütung bis zu 4 Proz. pro Jahr auf das eingezahlte Kapital — nach Einstellung von 5 Proz. des Reingewinns in den gesetzlichen Reservefonds — gewährt. Der verbleibende Rest des Reingewinns wird dem Rückstellungsfonds zugeführt. Spätestens ein Jahr nach Friedensschluß tritt die Gesellschaft in Liquidation.

Die Kohlen werden noch teurer.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (Nr. 79) finden wir in einem Aufsatze über die Lage auf dem Montanmarkte Ausführungen, die nicht unbeachtet bleiben dürfen:

„Die Förderung der Kohlenzweigen wird in den nächsten Monaten etwas steigen. Sie wird aber nicht genügen, um den großen Inlandsbedarf und nebenbei auch noch die großen Auslandsforderungen zu befriedigen. Infolgedessen hat sich das Kohlenyndikat genötigt gesehen, den Abnehmern mitzuteilen, daß man nur in der Lage ist, 60 Prozent der bisher bezogenen Mengen zur Verfügung zu stellen. Die starke Nachfrage nach Kohlen hat sich inzwischen auch auf Koks ausgedehnt und die erfreuliche Tatsache bewirkt, daß die über 2 Millionen Tonnen betragenden Vorräte eine leichte Abnahme zeigen. Durch diese Vorräte ist das Kohlenyndikat in der Lage, der dringendsten Not vorzubeugen. Es zeigt sich jetzt wieder, wie vorteilhaft es für die Zechen ist, wenn sie in Zeiten stiller Geschäftslage die Förderung nicht einschränken, sondern auf Lager fördern. Da nicht nur die Löhne steigen, sondern auch die Preise für Sprengstoffe und alle sonstigen Betriebsmaterialien eine ganz gewaltige Steigerung erfahren haben, kommen die Zechen mit der kürzlich festgesetzten Preiserhöhung für Kohlen nicht mehr aus, und es ist demnach ab 1. September mit einer weiteren Preiserhöhung für Kohlen und Koks zu rechnen.“

Die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer gehören zu den Leuten, die während dieses Krieges einen Gewinnsausfall am leichtesten tragen könnten. Niemandsummen heimsten sie seit Jahren als Dividenden ein. Aber sie wollen hinter den Spekulanten in anderen Branchen nicht zurückstehen, sie wollen während des Feldzuges nichts verlieren, sondern verdienen, und gründlich verdienen. Daher beglückten sie uns in den ersten Kriegsmonaten mit Kohlenpreiserhöhungen, und obwohl sie zugeben müssen, daß sich die Förderung im Montangewerbe stets bessert, ja, daß sie sogar an die Räumung der alten aufgeschöpften Vorräte von Kohlen und Koks herangehen konnten, stellen sie neue Preiserhöhungen für die Montanprodukte in Aussicht. Die Macht, diese Preiserhöhungen herbeizuführen, haben sie, und wie sie dabei vorgehen, zeigt die vorstehende Begründung, mit der sie ihr Vorhaben deden. Die zunehmende günstige Lage in der Montanindustrie ist doch kein Grund für Kohlenpreiserhöhungen und der Hinweis auf die Bergarbeiterlöhne auch nicht. Diese Löhne betragen nach amtlicher Feststellung im Durchschnitt für die Ruhrbergleute im

3. Quart. 1913	5,42 M.	2. Quart. 1914	5,22 M.	3. Quart. 1914	5,07 M.	4. Quart. 1914	5,03 M.
----------------	---------	----------------	---------	----------------	---------	----------------	---------

Wie die Werksbesitzer aus solchen Ziffern eine Lohnsteigerung herausrechnen können, ist uns unbekannt. Es mag sein, daß sich im Laufe dieses Jahres die Löhne etwas gebessert haben, aber ob und wann auch nur der Lohn vom 3. Quartal 1913 erreicht worden ist, wird sich noch herausstellen müssen. Und selbst, wenn der Lohn heute um einige Pfennige höher als der Lohnstand vom Jahre 1913 wäre, hätten die Grubenbesitzer keine Berechtigung, ihre Preiserhöhungen damit zu begründen.

Kriegsgewinne.

Der Abschluß der Herrmannshöfen-Aktiengesellschaft in Posen, deren Dividendenerhöhung von 9 auf 18 Proz wir schon mitteilten, liegt nunmehr im einzelnen vor. Der Betriebsüberschuß beträgt 1 508 843 M. gegen 734 000 M. Der Reingewinn inklusive Vortrag aus 1913 beträgt 704 331 M. gegen 178 005 M. Der Reingewinn hat sich also verdreifacht. Bei einem Aktienkapital von 1 000 000 M. sind dies mehr als 70 Proz. des Anlagekapitals.

Die Dividende von 18 Proz erfordert 180 000 M., im Vorjahre 90 000 M. Zu Rückstellungen werden 215 000 M. oder 21 1/2 Proz. des Aktienkapitals verwandt, gegen 30 000 M. im Vorjahre. An Zantiemen kommen 197 577 M., also nahezu 20 Proz. des Aktienkapitals zur Verteilung. Die Zantiemen an Aufsichtsrat und Direktoren, die zum Teil das Aktienkapital in Händen haben, sind mithin höher als die zur Verteilung gelangende Dividende. Zum Vortrag auf neue Rechnung kamen 111 754 M. gegen 14 585 M. im Vorjahre. Der Vortrag beträgt mithin 11 Proz. des Aktienkapitals.

Ueber das verlossene Geschäftsjahr sagt der Bericht u. a.: „Mit Ausbruch des Krieges waren wir fast ausschließlich für Heeresverpflegung in Anspruch genommen“. Bezüglich der Aussichten für das neue Geschäftsjahr heißt es: „Am neuen Geschäftsjahr sind wir bei angemessenem Maßlohn gut beschäftigt.“

Bei den Hannoverischen Gummitwerken „Erfellor“, die ihre Dividende von 18 auf 22 Proz. steigerten, betrug der Fabrikationsüberschuß 2 392 981 M. gegen 1 266 111 M. im Vorjahre. Der Rohgewinn erhöhte sich von 1 041 836 M. auf 1 790 327 M. Zu Abschreibungen wurden 734 748 M. gegen 380 483 M. im Vorjahre verwendet. Der Reingewinn beträgt mithin 1 055 579 M. gegen 661 408 M. im Vorjahre.

Die Schiffswerft Vulkan-Werke, die, wie gemeldet, ihre Dividende auf 8 gegen 0 Proz. im Vorjahre bemessen, steigerten ihren Gesamtgewinn von 0,07 auf 5,58 Mill. Mark, ihren Reingewinn von 0,14 auf 2,25 Millionen Mark. Die Abschreibungen werden auf 2,83 (gegen 2,29) Mill. Mark bemessen. Während in den beiden vorhergehenden Jahren die Reserven um 1,75 bzw. 4,76 Millionen Mark vergrößert wurden, können sie diesmal um 1,1 Millionen erhöht werden. Die Verwaltung beschränkt sich in ihrem Jahresbericht zur Geschäftslage auf die Mitteilung, daß die Werke in Hamburg und Stettin gut gearbeitet haben und für das begonnene Jahr und die kommende Zeit stark beschäftigt sind.

Der Eisengießerei Akt.-Ges. vormals Rehring u. Thomas in Berlin, die ihre Dividende von 8 auf 7 Proz. erhöhte, brachte der Kriegsbeginn einen fast völligen Betriebsstillstand der in den letzten Monaten jedoch durch volle Besetzung der Werkstätten durch Kriegslieferungen abgelöst wurde. Als Reingewinn verbleiben 211 212 M. (i. V. 178 194 M.), aus denen u. a. die Spezialreserve 20 000 M. (15 000 M.) erhält und auf neue Rechnung 5983 M. vorgetragen werden. Im laufenden Jahre war die Gesellschaft bisher durch Kriegslieferungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt.

Die Schlesiische Tuchfabrik R. Wolff in Grünberg, die mit der Deutschen Wollwarenmanufaktur Akt.-Ges. in Berlin eine Interessengemeinschaft hat, erhielt im Jahre 1914 von der Deutschen Wollwarenmanufaktur einen Anteil von 80 859 M. (i. V. 527). Inklusiv dieses Betrages steigerte sich der Ueberschuß auf 288 260 M. (7329). Eine Dividende gelangt wieder nicht zur Ausschüttung, dafür werden aber 200 000 M. Extraabschreibungen auf Maschinen vorgenommen und 50 000 M. als Kriegsrücklage zurückgestellt. Ueber die Aussichten heißt es im Bericht der Verwaltung: „In dem ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres war unser Werk mit Heereslieferungen voll beschäftigt, und da wir auch für die nächsten Monate mit Aufträgen für Heer und Marine ausreichend versehen sind, glauben wir auch für das laufende Jahr ein günstiges Resultat in Aussicht stellen zu können.“

Die Gummitwerke Fuld a schlossen das Geschäftsjahr 1913 trotz zweimaliger Sanierung mit einer Unterbilanz von 269 040 M. ab. Für 1914 weist hingegen das Unternehmen nach 87 787 M. Abschreibungen einen Reingewinn auf von nicht weniger als 515 637 M., das sind mehr als 50 Proz. des Aktienkapitals von 1 Million Mark. Wenn plötzlich derartige Ueberschüsse erzielt werden können, so müssen doch ungeheure Preisaufläufe erfolgt sein, die vorwiegend das Reich als Konsument des Kriegsmaterials bzw. die Steuerpflichtigen zu zahlen haben. Derartige „Gewinne“ müßte die Gesetzgebung ein für allemal unterbinden.

Soziales.

Die Fesseln der Mutterchaft.

Ein vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelter Fall zeigte, wie erklärlich es ist, wenn Eheleute, die beide auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind, kommenden Familienzunachs nicht gerade als „freudiges Ereignis“ ansehen.

Es traten dort die Klagen Eheleute als Kläger gegen den Kaufmann Saalshmidt auf, der unter der Bezeichnung Reinigungs-Institut „Victoria“ in Berlin eine Anzahl Filialen betreibt. Eine dieser Filialen wurde von den Klagen erhebenden Eheleuten geleitet, und zwar lief der Anstellungsvertrag bis zum 1. Oktober dieses Jahres. Im Einverständnis mit dem Beklagten war der Klagen Ehemann tagsüber auch noch für ein anderes Unternehmen tätig. Im Januar d. J. verständigte nun der Kläger den Prinzipal, daß bei ihm Familienzunachs in Aussicht stünde. Der Chef verlangte darauf von den Eheleuten, daß sie Vertretung stellen sollten, und zwar sollte die Vertretung mindestens drei Tage vor der Entbindung antreten. Der Ehemann nahm auch am 1. Februar ein Dienstmädchen an und stellte außerdem noch, als am 4. Februar seine Frau entbunden hatte, ein Fräulein ein. Als wenige Stunden nach der Entbindung der Beklagte in der Filiale ankam, ging bei der begrifflichen Aufregung, in der sich die Familie befand, nur das Dienstmädchen an den Apparat. Diese Tatsache nahm der Chef zum Anlaß, den Eheleuten die Entlassung und die Filiale für geschlossen zu erklären. In der Verhandlung verteidigte der Beklagte seinen eigenartigen Standpunkt damit, daß er dem Ehemann schon im Januar erklärt habe, es müsse eine sachmännlich gebildete Vertretung drei Tage vor der Geburt des Kindes antreten. Ein Dienstmädchen hätte aber den Fernsprecher nicht bedienen dürfen; die Köche u. W., wenn ein Regierungsrat per Telephon eine bestimmte Wäsche verlangt, den größten Schaden anrichten. Die Ehefrau wollte sogar die sich meldenden Wäschefrauen vom Wochenbett aus abfertigen; schon das hätte ihn zur sofortigen Entlassung berechtigt.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Standpunkt des Beklagten nicht zu teilen, es war vielmehr der Ansicht, daß dessen Verhalten eine große Härte für die Eheleute bedeutete. Es sei zu berücksichtigen, daß der Anlaß des Konfliktes nicht in bösem Willen der Klagen, sondern in einem elementaren Ereignis zu suchen sei. Auf Anraten des Richterkollegiums unterwarfen sich die Parteien einem Schiedsspruch, nach welchem die Klagen eine Entschädigung von 100 M. erhalten und die Filiale unter Leitung der Klagen sofort wieder eröffnet und bis Vertragsablauf fortgeführt wird.

Todes-Anzeigen



Dem Andenten unsterblich auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Dem Feldgefallenen der Metallschleifer Georg Poschag... Bernhard Markgraf

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. G. Berl. Reichstagswahlkreis... Frau Berta Weder

Sozialdemokratischer Wahlverein für Tempelhof... Karoline Diermer

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederharnim... Hermann Zamzow

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin... Paul Wehlan

Deutscher Holzarbeiterverband... August Reinhardt

Deutscher Holzarbeiterverband... Minna Otte

Deutscher Holzarbeiterverband... Franz Klopsch

Deutscher Holzarbeiterverband... Dankefagung

Deutscher Holzarbeiterverband... Erich Hübner

Deutscher Holzarbeiterverband... Paul Wadepuhl

Deutscher Transportarbeiter-Verband... Emil Winter

Deutscher Transportarbeiter-Verband... Ort's-Krankenkasse

Deutscher Transportarbeiter-Verband... Wilhelm König

Deutscher Transportarbeiter-Verband... Ausschussitzung

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow

Die ordentliche Ausschussitzung findet am Montag, den 26. April 1915...

Zuviel Steuern?

Die Steuereinsparungen gehen den Steuerzahlern in den nächsten Wochen zu...

Auskunft gibt

über die Höhe der zu zahlenden Steuern, über die abzugsberechtigten Ausgaben...

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz

119 Formulare für Eingaben und Reklamationen...

Preis 30 Pf. Zu haben in allen Buchhandlungen...

Bequeme Zahlungsabteilung bei mäßiger Anzahlung...

Leihhaus - I. Etage - kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene...

Leihhaus - I. Etage - kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene...

Sonntag 12-2 geöffnet. Spezialität: Weiße Größen!

Als ganz außergewöhnliches Sonderangebot stelle ich

2000 Paletots, dar. 600 Mod. von heute 10 Uhr vorm. bis Dienstagabend 8 Uhr zum Verkauf.

Beste Schneiderarbeit (auch Originalmodelle, Koverkot, blaukammgrün, schwarz-weiß kariert)...

Lange Tuch-Frauenmäntel, auf la Herrenklot gefüttert...

Noirée- und Eolienne-Mantel, kurz und halblang...

Seiden-Mohair-Alpakka-Mäntel, statt 25.- für 19.75

Fein imprägnierte Staubmäntel, statt 38.- für 15.-

Echte Gummi-Mäntel, statt 48.- für 25.-

Neueste Lodenkostüme, wasserdicht, statt 45.- für 20.-

Reinseidene Plüschmäntel für 60.- (statt 135.-)

Echte Sealpüschmäntel für 80.- (statt 160.-)

Wollplüschmäntel für 40.- (statt 95.-)

Lange, echte Pelzmäntel, beste Felle, gedieg. Kürschnerarbeit...

Halblange Pelzjackets für 80.- (statt 350.-)

Praktische Ulster für 15.- (statt 42.-)

Sonder-Abteilung Trauermagazin Größte Auswahl! Äußerste Preise

Mohrenstr. 37a (Kolonnaden) Westmann Gr. Frankfurter Straße 115 (nahe Androssstr.)

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Advertisement for J. Kurzberg & Co. featuring a man in a suit and text: 'Herren-Moden fertig und nach Maß. Garantie: Tadelloser Sitz, feinste Verarbeitung. Teilzahlung gestattet. J. Kurzberg & Co. Rosenthaler Str. 36. Keine Filialen. Gegründet 1838.'

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Extrapreise zum Umzug. Monatsanzüge, nur wenig getragen...

Jein Prozent Rabatt Vormärz-lefern.

Stoppdecken, Einseitige, vornehme Ausführung...

Wacheneure, Reiter 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,30, 4,25, 5,50, 6,55 ufm.

Teppiche mit Webefestern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 15,50, 19,50, 22,50...

Reichthümer, 1-3 Reiter Teppiche, Plüschportieren, Plüschportieren, Plüschportieren...

Tuchdecken, Feindecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70...

Monatsanzüge und Wintermäntel von 5 Mark sowie Hosen von 1,50...

Teppiche mit feinem Zedler, sehr billig, Gardinen, Vorhänge, Stoppdecken, Kissen...

Monatsgarderobe von Herrschaften, Cavalieren, abgemieteten Herrenmoden...

Beitenverkauf! Brautbetten, Damenbetten 19,50, 22,50...

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager (spottbillig)...

Geld! Geld! Waren Sie, wenn Sie im Leihhaus...

Vorjährige elegante Herrenanzüge, Paletots und Ulster...

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig, Gardinen, Stoppdecken...

Reinste getragene! Roh-Herrenanzüge, Paletots...

Teilzahlung, 0,50 wöchentlich Herren, Damen, Kindergarderobe...

Monatsgarderobe - Haus verkauft (spottbillig)...

Beitenverkauf! Brautteppiche! Gardinenanzüge!

Monatsgarderobe, wenig getragene, neuwertigste...

Zurückgekauft, hochlegante Herrenanzüge, Paletots...

Wärmmaschinen 8,00-20,00, keine Anzahlung...

Möbel. Möbelkredit, komplette Wohnungs-einrichtungen...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Möbel! Für Branntwein gütliche Gelegenheiten...

Kriegshalber sublimierte Wohnungseinrichtung...

Zentralmöbelfabrik, Pringstraße 71...

Möbel - Gelegenheitskäufe aus Verleihen...

Möbelkredit und gegen bar, Bequeme An- und Abgabe...

Fahrräder. Riefenauswahl guterhaltener Tourenfahrräder...

Kaufgesuche. Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Platinabfälle, Zahngebisse bis 50,00...

Zahngebisse! Fruchtbild! Silberlachen, Platinabfälle...

Fahrradkauf, Ullrichstraße 27.

Aus Groß-Berlin. Bei den wilden Tieren.

In der Raubtierhalle des Zoologischen Gartens. Es ist Donnerstag und gestern war Freitag für die Raubtiere. Heute haben sie sich mit verdoppelter Eier über die Nationen hergemacht und liegen nun still und friedlich in ihren Kerkern.

Nichts Friedlicheres auf der Welt als so ein Raubtier nach gehaltener Mahlzeit. Am Ende könnte man jetzt ganz ruhig in den einen oder anderen Käfig hineingehen und in herzlicher Freundschaft dem König der Tiere die Lage drücken. . . Ist doch in solchem Zustande selbst die Riesenschlange harmlos wie eine Blind-schleiche, ja noch viel harmloser, denn zu ihren Mahlzeiten — die wohl nur ein paarmal im Jahre vorkommen — verspeist sie eine ganze Giege oder mehr auf einmal und ist dann so voll und dick, daß sie sich überhaupt nicht mehr bewegen kann.

In Antwerpen hat man bekanntlich die Raubtiere des Zoologischen Gartens getötet, weil man fürchtete, eine Bombe könnte die Bestien befreien. Ein anderer Beweggrund war es, aus dem man in Paris im siebziger Jahre die Inzassen des Zoologischen Gartens tötete. Der Hunger, trieb die Pariser dazu, ihren Tiergarten zu verzehren, wobei sie aber rein gar nichts verschonten. So gab es Varenshinken und Elefantensüße (die als besondere Delikatesse gerühmt werden), echte Schildkrötensuppe und Büffeltrippchen usw. uvm. Ja sogar Kamele und Rhinocerosse ließ man über die Klinge springen.

Wir in Berlin sind ja von solchen Maßnahmen weit entfernt. Wir werden unseren ganzen Zoologischen Garten behalten, die zahmen wie die wilden Tiere. Der feldgraue Fögling des Herrn Hagenbeck an der Westfront wird eine vereinzelt und vorübergehende Erscheinung bleiben.

Die Müllabfuhr.

Die Müllabfuhr in Berlin liegt vornehmlich in den Händen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer. Von ihr wird durch besondere Gespanne und Wagen die Abfuhr des Mülls besorgt. Jeder kennt diese Wagen und die Tätigkeit der Arbeiter. Die Arbeit ist eine schmutzige und sie erfordert große Körperkraft. Wohl nie ist die Arbeit der Müllabfuhr so geachtet worden, wie in der Kriegszeit. Die kräftigen Leute wurden zum Heeresdienst eingezogen und die Müllabfuhr stockte. Auf den Höfen türmte sich das Müll zu Bergen, ohne abgeholt zu werden. Hausbesitzer und Mieter klagten über die Schweinerei auf den Höfen, die immer unerträglicher wurde. Einige Hausbesitzer suchten sich zu helfen, indem sie einen Fuhrmann anmähnen, der das Müll abfahren mußte, und reichten der Wirtschaftsgenossenschaft einfach die Rechnung zur Bezahlung ein. Darüber gab es Streit. Es gab andere Hausbesitzer, die das Müll unter der Hand vom Hofe fortbringen ließen. Wo mag es geblieben sein in Ermangelung eines Abladeplatzes? Jemandem auf freiem Felde sind die Müllkästen umgetippt worden zum Aerger der Landinhaber. Für die hygienischen Verhältnisse in Berlin bedeutet dieser Zustand nichts Erfreuliches. Auch heute ist die Schwierigkeit der Müllabfuhr noch nicht behoben. Man hatte öffentlich darauf hingewiesen, daß in Berlin eine größere Anzahl Arbeitsloser vorhanden sei, während andererseits die Wirtschaftsgenossenschaft Arbeiter suchte, und man schloß daraus, daß die Arbeiter lieber die paar Mark Unterstützung nähmen, anstatt zu arbeiten. Wie wenig diese Behauptung zutrifft und die Arbeitslosen bekämpfen, beweist der Bericht der Wirtschaftsgenossenschaft, der Anfang März in der Generalversammlung dieses Unternehmens gegeben wurde. Der Direktor v. Wayer teilte in dieser Generalversammlung folgendes mit:

„Nur nach Neujahr kam die große Landsturmashebung und brachte uns innerhalb 7 Tagen die Einbuße nahezu des gesamten neuen Arbeiterbestandes. Alle unsere Bemühungen um Ersatz blieben erfolglos. Arbeitsnachweise, Magistrat, Oberkommando, nirgends konnte uns geholfen werden. Den Magistrat hatten wir gebeten, männlichen Personen die Unterstützung zu verlagern, wenn sie nicht den Nachweis erbringen konnten, sich bei uns um Arbeit bemüht zu haben. Der Zubrang war groß, von 300 Leuten waren nur drei Leute für uns verwendbar. Es darf nicht vergessen werden, daß die Leute oft kisten im Gewichte bis zu sechs Zentnern durch enge Kellergänge und über Treppen zu tragen haben. Dazu gehören kräftige und gesunde, nicht die schwächlichen, teilsweise kränklichen Leute, die nicht einmal für den Landsturm sich als brauchbar erweisen haben. Unter Ersuchen an das Oberkommando, uns polnische oder russische Gefangene zu überlassen, ist abgelehnt worden mit dem Hinweis darauf, daß sich die Leute über die ganze Stadt verstreuen und hierdurch die Kontrolle nahezu unmöglich gemacht wird. Den gleichen Erfolg brachte eine Eingabe an den Magistrat, uns ostpreussische Flüchtlinge zu überlassen. Der Magistrat hielt es für richtiger, diese Leute als Bergarbeiter nach Belgien und Frankreich zu leiten, weil er befürchtet, daß, wenn sie erst in Berlin heimisch geworden sind, sie nicht wieder los zu sein werden. (Weiterleit.) Agenten, die wir nach Schweden schickten, haben Arbeitswillige bis an die Grenze gebracht, dort mußten sie umkehren, jetzt ist es uns gelungen, mit Hilfe von Agenten Leute aus deutschen Provinzstädten heranzuziehen, wo wenig Industrie heimisch ist. Kaum waren die Leute hier warm geworden, gingen die Preisstreiber los, sie forderten Lohnserhöhungen von 3 M. pro Woche. Mit Mühe ist es uns gelungen, sie mit einer Erhöhung von 2 M. vorläufig abzuführen. Zu derselben Zeit redolierten die Fuhrherren. Trotzdem sie durch feste Verträge gebunden sind, haben wir ihnen 1,50 M. pro Gespann und Tag bewilligen müssen, so daß sie heute 19,50 M. erhalten. Vergewöhnlich man sich, daß diese stark angestregten Tiere bisher pro Tag 20 Pfund Hafer erhalten haben und jetzt 3 Pfund, so wird man nicht die frühere Leistungsfähigkeit erwarten können. Für Ausschilfsgepässe müssen wir heute 82 M. zahlen, nachdem zuerst 20, dann 24 und 28 M. bewilligt worden waren.“

Herr Lazari bemerkt ergänzend, daß das Untersetzen der Tringeldverabfolgung recht unangenehme Erscheinungen gezeitigt habe. Es sei aufgefallen, daß der eine Hof nicht eine Schippe voll Müll aufweist, der Nachbarhof einen kleinen Berg. Das rätselhafte Lösung sei gewesen, daß der Besitzer des sauberen Hofes den Leuten für die Wegschaffung der Müllreste ein Tringeld versprochen, der Nachbar nichts gegeben habe. Durch ein solches Verfahren werde der Direktion der Genossenschaft die Arbeit erschwert, die Leute würden so hoch bezahlt, daß das Geben von Tringeldern nur

schädliche Wirkungen habe. Die Polizei, so erklärte Herr Lazari auf eine Frage des Herrn Lüben, trägt den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung und drückt nicht ein, sondern auch beide Augen zu, wenn die Abfuhr nicht so regelmäßig erfolgt, wie das in normalen Zeiten möglich ist.

Am Tage der Berichterstattung, am 8. März, lagerten auf den Höfen ungefähr 900 Wagen Müll.

Sicherlich sind Schwierigkeiten in der Müllabfuhr vorhanden, es muß aber alles versucht werden, nach Möglichkeit ihrer Herr zu werden im gesundheitlichen Interesse der Berliner Bürgerschaft. Eine gewisse Entlastung ist der Wirtschaftsgenossenschaft schon durch die Verfügung des Oberkommandos geworden, nach der die Küchenabfälle besonders gesammelt und von Fuhrwerken der Volkseigenen abgeholt werden.

Das „Nebenverw“-Geschäft.

Der vor dem Landgericht Berlin II in den letzten Tagen verhandelte Verwurfsprozeß (vergl. „Vorwärts“ Nr. 96 und Nr. 97) gegen den Inhaber der „Parfumpatronenfabrik“ von F. Magdalinski Nachf. in Steglitz, den Kaufmann Hermann Bracl, hat einmal in den Betrieb eines „Nebenverw“-Geschäftes hineingeleuchtet.

Die Leser des „Vorwärts“ wissen, was sie zu halten haben von Geschäftemachern, die in Zeitungsinserten unter Bezeichnungen wie „Nebenverw“ oder „Heimarbeit“ hohen Verdienst in Aussicht stellen und den sich meldenden Personen nun zunächst Geld für Arbeitsmaterial und für nähere Belehrung über die zu liefernde Arbeit abfordern. Wir sind seit langem bemüht, dieses Geschäftsgebaren zu kennzeichnen. Auch die Firma „F. Magdalinski Nachf.“ (Steglitz) bzw. die von demselben Herrn Hermann Bracl zeitweise geführte Firma „Gumpert und Lindemann“ (Charlottenburg) wurden im „Vorwärts“ gewürdigt, noch ehe ein Gericht darüber zu urteilen hatte. Schon vorher haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß der Inhaber den auf seine Annoncen sich meldenden Personen zunächst mitteilte, es handle sich um Anfertigung von Nischlüssen, und daß erst nach Einfindung der geforderten 2,90 M. aus einer mit dem Arbeitsmaterial ihnen zugehenden Arbeitsanleitung die Zumutung erkennbar wurde, durch selbständigen Hausverkauf der von ihnen angefertigten Nischlüssen sich den hohen Verdienst zu schaffen.

Als wir dann, vor jetzt etwa drei Wochen, eine aus polizeilich-offiziöser Korrespondenz stammende vorläufige Mitteilung veröffentlichten, daß gegen Bracl-Magdalinski auf Anzeige vieler Geschädigten ein Strafverfahren eingeleitet worden sei, sandte sein Verteidiger uns wie anderen Zeitungen, die gleichfalls jene Mitteilung gebracht hatten, eine Verichtigung. Darin stellte er fest, daß bereits eine erstinstanzliche Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg — in jener uns zugegangenen Meldung war davon allerdings nichts gesagt — mit Freisprechung geendet habe. Von der Staatsanwaltschaft sei Verurteilung eingeleitet worden, das Landgericht als Verurteilungsinstanz habe „leider“ noch nicht entschieden, von dem Ausgang werde er uns noch Nachricht geben. Nun ist die Verurteilung — berichtet worden durch das Landgericht, das unter Aufsicht des freisprechenden Schöffengerichtsurteils den Angeklagten des Verwurfs schuldig gesprochen und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt hat. Da haben wir wieder mal ein Beispiel dafür, was Verichtigungen wert sind.

Daß der Verurteilte Revision einlegen will, läßt sich denken. Einstweilen wollen wir zurufen sein, daß durch das Strafverfahren die Geheimnisse des Bracl-Magdalinski'schen Betriebes amtlich festgestellt worden sind. Offen gestanden: uns ist es lieber, wenn so etwas nicht dem „Vorwärts“ überlassen bleibt, sondern der Staatsanwalt in die Lage kommt, uns diese Arbeit abzunehmen. Er kann das mit geringerer Mühe und dabei besserem Erfolge als wir tun, weil sich ihm Mittel und Wege bieten, die uns Nichtbeamteten verschlossen sind. Er kann auch tun ohne jede Gefahr, denn wenn seine Beweise nicht ausreichen, so geht es ihm deshalb doch nicht an den Kragen. Wenn aber ein „Vorwärts“-Redakteur für einen Angriff auf irgendeinen bedenklichen Geschäftsbetrieb eine Verleumdungsklage erntet und ihm nachher das Mißgeschick widerfährt, durch sein Beweismaterial die Richter nicht von der Schwundhaftigkeit des Unternehmens überzeugen zu können, dann endet für ihn die Sache sehr übel. Wir haben das schon erlebt und brauchen kundigen Lesern kein Beispiel zu nennen.

Welche Ruhanwendung ergibt sich nun aus dem Prozeß gegen den Nischlüssenmann? Keine andere als diejenige, die jeder schon aus unseren früheren Kennzeichnungen der Firma „Gumpert und Lindemann“ beziehungsweise „F. Magdalinski Nachf.“ entnehmen konnte. Hüte euch vor lodenden Annoncen, die euch aus „Heimarbeit“ oder „Nebenverw“ hohen Gewinn versprechen. Seid ihr aber doch auf so eine Annonce eingegangen und wird euch eure Meldung mit einem Ersuchen um vorherige Geldeinsendung beantwortet, dann behaltet eure paar Groschen in der Tasche. Was sagte doch in diesem Prozeß der Angeklagte und sein Verteidiger zur Beurteilung solcher Angebote? Jeder müsse, erklärten sie, sofort erkennen und begreifen, daß man allein mit „Heimarbeit“ nicht die in Aussicht gestellten „6 Mark pro Tag“ verdienen kann, daß also noch eine andere Tätigkeit dabei erforderlich ist.

Alle, die es angeht, sollten das beherzigen.

Reisebrotkarten.

Vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen geht uns folgende beachtenswerte Anregung zu:

Die Einrichtung der Brotkarte bringt für Reisende manche Schwierigkeit, ganz besonders für Fuhrreisende. Denn da ausreichende Mengen Brot ohne Brotkarte nicht erhältlich sind, wird der Reisende gezwungen, seinen Brotvorrat aus der Heimat mitzuführen, was naturgemäß nur bei ganz kurzen Ausflügen, nicht aber bei größeren Wanderungen usw. möglich ist. In den Gasthäusern gibt es wohl ein paar kleine Schnitte Brot als Zugabe zu anderen Mahlzeiten, aber nichts, was genügen könnte, um den Magen eines Wanderers zu befriedigen.

Wäre es da nicht zweckmäßig, besondere Reisebrotkarten einzuführen in der Erwägung, daß es gleichgültig ist, ob jemand sein Brot zu Hause oder draußen verzehrt? Man könnte diese Karte in kleine Abschnitte einteilen, die Heimat der Brotkarte ausdrücken und bei Gebrauch den Abschnitt mit dem Verbrauchsorte stampeln. Die gesammelten Reisekartenabschnitte könnten dann ebenso gut zur geeigneten Verrechnung gelangen, falls überhaupt nebensächliche Verträge zusammenkommen, als die Abschnitte in der Heimatgemeinde.

Wir werden noch längere Zeit mit den Brotkarten leben müssen, und deshalb ist es zweckmäßig, alle Hebelhände bei deren Gebrauch aufzusuchen. Da die Personen- und Schnellzüge in Deutschland trotz des Krieges laufen und da die Wagen recht voll sind, wird ein großer Teil des Volkes von Reisebrotkarten Nutzen ziehen. Aber-

dings müßte die Einführung derselben möglichst beschleunigt werden so daß bis spätestens Pfingsten die Reisebrotarten fertig wären.

Reklame und Verunstaltungsgesetz.

Die bekannte Firma Webers Trauermagazin hatte auf Wilmersdorfer Gebiet, gegenüber dem Eisenbahnhofs Schöngardorf, eine große Reklame andringen lassen und zwar in der Weise, daß größere Buchstaben an einem Drahtgeschlecht befestigt wurden, was den Eindruck macht, als schwebten sie in der Luft. Die Ankündigung lautete: „Pietät, Beerdigungsanstalt, G. m. b. H.“ — Otto Webers Trauermagazin.

Der Polizeipräsident von Wilmersdorf und Schöneberg gab der Firma durch eine Verfügung auf, diese Reklame zu beseitigen, weil durch sie eine Verunstaltung des Ortes herbeigeführt werde.

Nach vergeblicher Beschwerde beim Oberpräsidenten klagte Herr Weber beim Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung ab:

Die Verfügung sei gerechtfertigt. Sie habe ihren Rechtsgrund im Gesetz von 1907, betreffend die Verunstaltung der Ortschaften. Auf Grund des § 3 dieses Gesetzes sei für Wilmersdorf ein Ortsstatut erlassen, wonach Reklameschilder, Schaukästen usw. nur mit polizeilicher Erlaubnis angebracht werden dürfen. Ferner bestimme das Ortsstatut im § 7, daß Reklameanzeigen im ganzen Stadtbezirk so auszuführen seien, daß das Straßen- und Ortsbild nicht gröblich verunstaltet werde. Dieser Fall liege aber hier vor. Es komme die Größe und Gestalt der Reklame in Betracht, sowie der Umstand, daß es sich um eine bevorzugte Gegend mit schönen Schmuckplätzen (Brandener Platz und Heibelberger Platz) handle. Die Gegend bedecke sich allmählich mit schönen Häusern. In dieser Gegend wirke jene Reklame verunstaltend. Dabei sei auch zu beachten, daß das Wort „Pietät“ in dem angewandten mißbräuchlichen Zusammenhang geeignet sei, den Eindruck des Unharmonischen und der Verunstaltung in jener Gegend noch zu verstärken.

Wiederaufnahme der Sonntagszüge im Berliner Vorortverkehr.

Der Sommerfahrplan für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr sieht fast überall wieder besondere Sonntagsfahrpläne vor. Ein erweiterter Verkehr für Sonn- und Feiertage ist vorgesehen für die Stadtbahn, den Ringverkehr, die Strecke Stahnsdorf und Potsdam-Stadtbahn-Fürstentum, Grunewald und Halensee-Grinow und Spindlersfeld, Göliger Bahnhof-Königs-Wusterhausen, Spandau-West-Straußberg, Lehrter Bahnhof-Rauen, Stettiner Vorortbahnhof-Verman, Berlin-Tegel-Wellen, Stettiner Vorortbahnhof-Oranienburg, Potsdamer Ringbahnhof-Lichterfelde und Wandsdorf sowie auf der Wannesebahn. Im Laufe des Winters ist der Verkehr eines Teiles der Sonntagszüge eingestellt worden. Diese werden vom 1. Mai an wieder gefahren. So wird z. B. auf der Strecke nach Lichterfelde-Dt der Bahnminutendienst Sonntags bis 12 Uhr nachts aufrechterhalten, während er jetzt Sonn- wie werktags um 9 Uhr auf 20 Minuten beschränkt wird. Nach Wandsdorf sind werktags 4 Züge, Sonntags 7 Züge vorgesehen.

Ausschuß für Konfektions-Notarbeit.

Der Ausschuß für Konfektions-Notarbeit, der als gemeinnütziges Unternehmen den in Folge des Krieges arbeitslos gewordenen Heimarbeiterinnen durch Gewährung von Arbeit zu helfen bezweckt, hat nach dem jetzt erstatteten Geschäftsbericht in den nicht ganz sieben Monaten seines Bestehens bereits rund 770 000 M. Löhne an Heimarbeiterinnen gezahlt. Beschäftigt wurden Ende März dieses Jahres von drei Arbeitsausgabestellen noch 2800 Heimarbeiterinnen. Außerdem hat der Ausschuß einer größeren Zahl gleichfalls infolge des Krieges stellunglos gewordener kaufmännischer und gewerblicher Angestellter in seinem Betriebe Stellung gewähren können, denen bisher rund 80 000 M. an Gehältern und Löhnen gezahlt worden sind.

Die Berliner Kriegs-Beleihungskasse für nachstellige Hypotheken, die nach Kriegsausbruch unter Beteiligung der Stadt Berlin und des organisierten Grundbesitzes als gemeinnütziges Kreditunternehmen gegründet worden ist, um den in nachstelligen Hypotheken angelegten Werten eine Beleihungsmöglichkeit zu eröffnen, hat unter Vorsitz des Stadtrats, Geheimen Justizrat Dr. Hoffe, ihre erste ordentliche Generalversammlung abgehalten. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes wurde die Jahresrechnung genehmigt und dem Vorstande sowie dem Aufsichtsrate Entlastung erteilt.

Den Erfahrungen Rechnung tragend, die die Gesellschaft über die Höhe der von den Antragstellern gewünschten Kredite gemacht hat, ist eine bedeutende Satzungsänderung beschlossen worden. Die Beleihungsmöglichkeit ist auf das Doppelte des bisherigen Maßes (10 anstatt 5 Prozent der Beleihungsfähigen Hypothek) festgesetzt worden. In geeigneten Fällen kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates selbst über diese Grenze hinausgegangen werden. Diese Änderungen dürften zur Erweiterung des Geschäftskreises der Kriegsbeleihungskasse nicht unwesentlich beitragen.

Kontrollversammlungen.

Wie schon mitgeteilt, finden vom 16. bis 30. April Kontrollversammlungen für die noch nicht zum Waffendienst einberufenen oder aus irgend einem Grunde wieder entlassenen Mannschaften der Reserve, der Landwehr zweiten Aufgebots, des ausgebildeten Landsturms, der Ersatzreserve und der zurzeit in Berlin weilenden Umlauber statt. Die näheren Bestimmungen sind aus den öffentlichen Bekanntmachungen ersichtlich, die am 9., 11., 14. und 22. April an den Vorkasernen angeschlagen werden.

Stadterordneter Albert Schulze ist am Freitagnachmittag um 3 1/2 Uhr im Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo er sich vor zehn Tagen einer Nierenoperation unterworfen hatte, nach längerer Krankheit gestorben. Der Verstorbene gehörte der alten Linken an und hat sich besonders der Blindenpflege warm angenommen. Er gehörte auch der Armenverwaltung, der Schuldeputation und vielen anderen Deputationen und Kommissionen an. Zuletzt noch war er Vorsitzender der Lebensmittell Kommission, in der er sich noch während seiner Krankheit sehr betätigte.

Beim Spielen tödlich verunglückt. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich in Köpenick ereignet. Donnerstagnachmittag spielten mehrere Kinder, darunter auch die dreijährige Gertrud Fleischer, hinter dem Grundstück Raulsdorfer Straße 4a, in der Nähe der Zuhle. Im Eifer des Spieles wagte sich die kleine F. zu dicht an das Ufer des Gewässers heran, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte kopf-

